

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.30 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.90 Mark halbjährlich, 7.50 Mark jährlich. Einmalige Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkhebt täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in Nürnberg statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 13. September, abends 7 Uhr,

nach Nürnberg in die „Städtische Festhalle“, Duitboldhain, ein.

Die Eröffnung erfolgt präzise. Anschließend erfolgt die Konstituierung des Parteitages, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 14. September und die folgenden Tage

finden die Verhandlungen des Parteitages in dem Lokal „Herkules-Belodrom“, Treustraße 10, statt.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 - a) Allgemeines.
 - b) Organisation und zwar
 - I. Frauenorganisation;
 - II. Jugendorganisation.
 Berichterstatter: S. Müller.
 - c) Kasse und Presse. Berichterstatter: A. Gerisch.
 - d) Bildungsausschuß. Berichterstatter: S. Schulz.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: E. Eichhorn.
4. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
5. Sozialpolitik und der neue Kurs. Berichterstatter: S. Wolfenbühler.
6. Die Reichsfinanzreform. Berichterstatter: F. Geier.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 17. August im Besitze des Vorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstände und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Martin Treu, Nürnberg, Egidienplatz 22.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen, der Versand erfolgt vom 17. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 7. Juli 1908.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Ein Jahr allgemeines Wahlrecht.

Aus Wien wird uns vom 20. Juli geschrieben:

Die erste Session des Parlaments des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ist zu Ende, und man kann nun abschätzen, was Staat und Volk durch die demokratische Reorganisation des Abgeordnetenhauses gewonnen haben. Vor allem haben sie, und das ist angeht die zehnjährigen Krankheit des Kurienparlamentes das wichtigste, ein tragfähiges und arbeitsfähiges Haus gewonnen. Der österreichische Reichsrat, eine so künstliche Schöpfung wie dieser Staat selbst, unterscheidet sich von den Parlamenten national-einheitlicher Staaten dadurch, daß er immer in Frage steht: daß über ihm immer die Gefahr der Obstruktion schwebt, daß sein Leben ohne Unterlaß bedroht ist, daß der obstruktionelle Angriff irgendeiner Partei oder Nation es jeden Tag still-zusehen vermag. Das war, mit spärlichen Intervallen nur, durch zehn Jahre der Fall, und darin hat die Wahlreform von Grund aus Wandel geschaffen. Während das Kurienparlament in der Schätzung der Menschen so tief gesunken war, daß der Anschlag auf seine Existenz, und wäre es der böswilligste und in der Form anwidernste gewesen, nie Widerspruch erregt, oft sogar allgemeine Zustimmung ausgelöst hat, ist das Parlament des allgemeinen und gleichen Rechtes, in dem jeder Bürger des Staates, jede Partei und Nation auch den eigenen Willen verkörpert sieht, ein Gut, ein wertvoller Besitz, daran frivolerweise niemand zu tasten wagt und das unter den Schutz der Völker selbst gestellt ist. Auch das demokratische Parlament hat seine Schwierigkeiten und der Krisen gab es in dem ersten Jahr nicht wenige. Aber es ist gesund im Mark, und seine Lebenskraft macht es ihm möglich, sich immer aufzuraffen und im Geleise zu bleiben. Die Hoffnungen, die in die Wahlreform gesetzt worden sind und aus denen sie von den staatlichen Faktoren gefördert ward, hat das erste Parlamentsjahr vollauf bekräftigt.

Auch daß sich das verbessert hat, was man die Qualität einer gesetzgebenden Körperschaft nennen kann, unterliegt keinem Zweifel. Natürlich ist auch das österreichische Abgeordnetenhaus, trotz allgemeinen und gleichen Wahlrechts, ein bürgerliches Parlament; und sein Klassencharakter ist ebenso in seinen Beratungen wie in seinen Beschlüssen sichtbar. Aber jene spezifische Feilheit und Feigheit, die dem privilegierten Bürgertum eignet, ist ihm durch die Wahlreform ausgetrieben worden, und der demokratische Charakter des Wahlrechts hat auch den Charakter des Parlaments wesentlich zu beeinflussen vermocht. Nicht zum wenigsten sind deshalb die Versuche, die von gewissen Drahtziehern anfänglich eifrig betrieben worden waren, die Sozialdemokraten im Parlament mit einer Art unsichtbaren Boykotts zu belegen, sie zu isolieren und von der parlamentarischen Macht abzuschneiden, vollständig ergebnislos geblieben. Die Sozialdemokratie ist im österreichischen Abgeordnetenhaus eine Partei unter gleichen. In den Angelegenheiten des parlamentarischen Betriebes ist sie, obwohl sie in einer keinen Augenblick aussehenden oder versagenden Opposition steht, mit allen, also auch den Parteien des Regierungsblochs, vollständig gleichberechtigt. So ist sie beispielsweise in allen Ausschüssen nach ihrer Zahl vertreten, und gemäß ihrer Stärke stehen ihr in den Ausschüssen auch die Präzidentstellen zu. Im österreichischen Abgeordnetenhaus wäre ein Vorgehen, welches die Vertreter des Proletariats als Abgeordnete minderen Rechtes disqualifiziert, schlechthin undenkbar. Aus dieser Gleichberechtigung aller Parteien, in der es keinen Vorrang und kein Zurückstehen gibt, entspringt es auch, daß der Sozialdemokratie nun auch ein Sitz im Präsidium eingeräumt wird. Durch eine in der vorletzten Sitzung beschlossene Abänderung der Geschäftsordnung wurde die Zahl der Vizepräsidentenstellen vermehrt (von zwei auf fünf) und der eigentliche Beweggrund dieser Vermehrung ist kein anderer als das Bedürfnis, im Präsidium alle Parteien und vornehmlich die Sozialdemokratie vertreten zu sehen. Und aus diesem Gefühl der Gleichberechtigung hat die Partei auch keinen Augenblick geschwankt, die Stelle eines Vizepräsidenten in Anspruch zu nehmen und zu besetzen, ohne Obligo für die Regierungsgeschäfte natürlich, um es kaufmännisch auszudrücken, sondern als ihr Recht, auf das sie, wie immer es werden mag, nicht verzichten darf. Daß diese durchgreifende Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ihre Ursachen auch in der durch die nationale Verschiedenheit bedingten Partei-zerrissenheit hat, ist zweifellos richtig; und mitwirken mag dabei auch die kluge Taktik im Parlament selbst, die leere Provokation ebenso meidet, als sie sich von irgendwem einschüchtern ließe. Aber der eigentliche Grund liegt doch darin, daß diesem Österreich und diesem Parlament durch die Wahlreform eine demokratische Auffassung eingeimpft worden ist, die Standesvorurteile auch im Parlamente ausschließt. Das Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechts mag den ästhetischen und harmonischen Eindruck oft schuldig bleiben, aber es ist dem Volke entsammt und bleibt dem Volke verbunden. Es ist nicht bloß der Form, es ist auch der Materie nach demokratisiert worden. So hat das Parlament im ersten Jahre, trotz aller Widrigkeiten und Hindernisse, auch große und bedeutende

Aufgaben bezwungen. Es hat den Ausgleich mit Ungarn, der im Kurienparlament so oft gescheitert ist, in Sicherheit gebracht, den Staatsvoranschlag, der Jahre hindurch nur in Gestalt eines Provisoriums erschien, verhandelt und beschlossen; es hat dem Hof eine Rekrutenvermehrung gebracht, auf die er in dem angeblich so patriotischen Privilegienparlament nie hätte hoffen können; es hat aber nebstdem eine Reihe von nützlichen und volkstümlichen Gesetzen zu beschließen die Kraft gehabt. So ist in den letzten Parlamentswochen ein Gesetz beschlossen worden, das den Angehörigen der zur Waffenübung eingerückten Reservisten einen Unterhaltungsbeitrag sichert, wobei ein Extrageinn die Abschaffung der zwei letzten Waffenübungen erzielt wurde; einen eminenten sozialpolitischen Fortschritt stellt das Gesetz zur Regelung der Verhältnisse der Handlungsgehilfen dar; wichtig ist auch das beschlossene Gesetz über die Gastpflicht der Automobile; und als erster Schritt zu der großen Eisenbahnverstaatlichung, die im Herbst erfolgen wird (es werden die Nordwestbahn und die Staatsbahngesellschaft, die Hauptlinien des industriellen Verkehrs, zur Verstaatlichung gelangen), hat die Verstaatlichung der böhmischen Nordbahn ihren besonderen Wert. Dazu kommt eine Vorlage, die für die Verbesserung der Bezüge der Staatsdiener niedriger Kategorien (namentlich Post- und Eisenbahnbedienstete) 18 Millionen Kronen bewilligt; die Zusammenfassung der sozialpolitischen Agenden in eine eigene Sektion; das zu erwartende Verbot der Verwendung des weißen Phosphors; auch in alledem drückt sich die volkstümliche Umwandlung des Hauses aus. An diesem ersten Jahr eines Parlaments, dessen Umgestaltung bis in die Tiefen hinabreichend, könnten verantwortliche und gewissenhafte Leute den gewaltigen Wert der Demokratie auch für den Staat selbst und seine Erfordernisse erkennen. Was von einer Wahlreform erwartet werden kann, hat die des österreichischen Abgeordnetenhauses voll erfüllt.

Aufs Pflaster!

Einen Gewaltakt, wie er in der Geschichte der Arbeiterbewegung seinesgleichen sucht, hat die Werstdirektion des „Dulkan“ in Stettin verübt!

Beil ein paar Hundert Arbeiter, an der Grenze der physischen Leistungsfähigkeit angelangt, die schon wochenlang anbauernde tägliche Ueberzeitarbeit an zwei Tagen verweigerten, wurden 7800 Mann kurzerhand aufs Pflaster geworfen!

Diese Tatsache muß man festhalten, um das Vorgehen der Direktion richtig zu würdigen!

Diese hat in der bürgerlichen Presse eine Erklärung veröffentlicht, durch welche die Vorwürfe gegen die Direktion gestützt werden und die schlimmsten Vermutungen nur eine Stärkung erfahren!

Die Direktion hat seit längerer Zeit eine tägliche Ueberzeitarbeit von 1 1/2 Stunden verlangt; zwischendurch mußten auch noch 24-Stundenschichten absolviert werden. Das steht unwidersprochen fest.

Beil die Arbeiter sich diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen fühlten, beauftragten sie den Arbeiterausschuß, bei der Direktion eine Mäßigung bei der Anordnung von Ueberstunden nachzusuchen.

Auf diese Reue hing antwortete die Direktion mit der kategorischen Erklärung, sie verlange unbedingte Beachtung ihrer Anordnungen und Absolvierung der von ihr verlangten Ueberzeitarbeit!

Da die Leute sahen, daß auf gutlichem Wege nichts zu erreichen war, sie andererseits sich aber nicht mehr im Stande fühlten, das geforderte Maß von Ueberarbeit weiter zu leisten, verließen — nach einer Erklärung der Direktion — am nächsten Tage 271 Meter nach Schluß der normalen Schicht die Arbeitsstelle; am folgenden Tage war die Zahl derjenigen, die über die normale Zeit hinaus sich nicht arbeitsfähig fühlten und darum nach Hause gingen, auf 481 Mann gestiegen.

Das genügte der Direktion, um nun die sofortige Aussperrung von zirka 8000 Arbeitern anzuordnen und ins Werk zu setzen!

Daß die Werstdirektion mit diesen Maßnahmen einen unter keinen Umständen zu rechtfertigenden Gewaltakt vollführt hat, darüber kann ein Zweifel nicht obwalten.

Welches sind aber die Gründe, die die Direktion zu der Aussperrung bewegen haben? Warum züchtigte sie zirka 8000 Mann, obwohl doch nur ein paar Hundert das Uebermaß von Mehrarbeit nicht leisten zu können erklärten? Wollte sie die Massen aufreizen gegen die paar Hundert Mann? Das wäre eine so ungeheuerliche Brutalität, wie sie ihresgleichen im Betriebskampf kaum je erlebt hat.

Oder suchte die Direktion einen Vorwand, um ihr Mißgehen an der Arbeiterorganisation zu fühlen? Warf sie 8000 Mann aufs Pflaster, nur um die Organisation zu schaden?

In diesem Falle wäre das Vorgehen nicht minder ungeheuerlich, nicht minder brutal, nicht minder skandalös, nicht minder einzigartig gefällig, als im ersteren Falle.

Die schon erwähnte Erklärung der Direktion in der bürgerlichen Presse gibt auf diese Fragen keine Antwort! Als dritter ersichtlicher Grund käme der nicht nur von den Arbeitern ausgesprochene, sondern auch schon am Sonntagabend im „Berliner Tageblatt“ zum Ausdruck ge-

Württemberg und die Elektrizitätssteuer.

Es ist leider nicht mehr daran zu zweifeln, daß neben Baden auch Württemberg das Projekt einer Reichs-Elektrizitätssteuer unterstützt, im Gegensatz zu Bayern! Zur Ehre der württembergischen Regierung muß angenommen werden, daß übermächtige Einflüsse die Regierung zur Nachgiebigkeit den Berliner Wünschen gegenüber gezwungen haben. Daß die Elektrizitätssteuer die Interessen des Landes schwer schädigt, darüber dürften sich auch die württembergischen Staatsmänner klar sein.

Das Land fördert keine Kohlen. Schiffbare Wasserwege sind nicht vorhanden. Jeder Broden Kohle muß per Kasse ins Land gebracht werden, wie das Eisen auch. Die württembergische Industrie hat demgemäß einen schweren Stand gegenüber der Konkurrenz. Die Redar-Kanalisation, ein Projekt, das endlich greifbare Gestalt anzunehmen beginnt, soll die Konkurrenzkraft der Industrie steigern durch Schaffung eines billigen Wasserweges, weiter durch die Gewinnung starker Wasserkräfte zu Elektrizitätszwecken. Ueberdies sollen die natürlichen Wasserkräfte der Erzeugung elektrischer Kraft dienbar gemacht werden. Großindustrie und Handwerk, Staat und Gemeinde sind gleichermaßen daran interessiert, daß die „weiße Kohle“ nicht versteuert werde. Die Landwirtschaft desgleichen. Ländliche Gemeinden haben sich zu „Elektrizitäts-Gesellschaften“ zusammengeschlossen, um billiges Licht und billige Kraft für den landwirtschaftlichen Betrieb zu erhalten. Die Elektrizitätssteuer wird diese Entwicklung hindern. Es gibt kaum eine Steuer, die so sehr geeignet ist, Württemberg mit seinen eigenartigen Verhältnissen in der Entwicklung zurückzuwerfen, als gerade die Elektrizitätssteuer. Der Trost, daß die Steuer nur gering sein werde, ist wenig stichhaltig. Ist sie einmal eingeführt, so wird sich ihr Wachstum nicht aufhalten lassen.

Die württembergische Regierung wird im Landtag einen schärferen Stand haben bei der Verteidigung ihrer Stellung. Eine erdrückende Mehrheit, von der Sozialdemokratie bis zum Bauernbund, dürfte sich gegen die Steuer aussprechen. Sozialdemokratie und Volkspartei sind ohne weiteres Gegner der kulturwidrigen Steuer. Die nationalliberale Partei muß Rücksicht nehmen auf Großindustrie und Großgrundbesitz. Der Bauernbund will den ländlichen Gemeinden die elektrische Kraft nicht verteuern lassen. Das Zentrum weiß, daß nur die Ausbeute der Wasserkräfte die Entwicklung des armen, wirtschaftlich zurückgebliebenen Oberlandes kräftig fördern kann. Es dürfte sich also eine erdrückende Mehrheit dem Projekt einer Reichs-Elektrizitätssteuer widersetzen.

Preussischer Polizei-Absolutismus.

In dem schleswig-holsteinischen Städtchen Uetersen lebt seit Jahren der dortige Bürgermeister und Polizeiverwalter Ruus mit der Arbeiterschaft im offenen Kriege. Wiederholt ist der Herr mit seinen Klagen und Strafmandaten vor Gericht abgedrillt, daß hindert ihn aber nicht, immer wieder die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung am Ort mit den Liebenswürdigkeiten vorwärts zu treiben. In der letzten Zeit hat er sich zu verfahren. Nun hatte Herr Ruus vor einiger Zeit zur größten Verblüffung der Uetersener Arbeiterschaft den zum Gewerkschaftssekretär geplanten öffentlichen Umzug erlaubt. Aber es noch die Arbeiter sich von ihrem Erstaunen über die plötzliche Sinnesänderung ihres Widersachers erholt hatten, kam der verblüffende Gegenstoß: das Gewerkschaftsfest selbst wurde nämlich verboten.

Zur Stütze des Verbots wurden wieder die alten Badenführer preussischer Polizeiführer herbeigeholt, die gefährdete Ordnung und öffentliche Sicherheit, also Argumente, die die für den preussischen Polizeigeist unschätzbare Nebenwirkung haben, daß sie in seinen Opfern außer dem Gefühl der Vergewaltigung, das blutiger Verhöhnung wahrnehmen müssen. Neu an dem Verbot des Herrn Ruus war nur der Umstand, daß er die Gefährdung der öffentlichen Ordnung usw. aus der Ankündigung des Festes selber herleitete. Auf den Plakaten des Gewerkschaftsstartells hieß es nämlich, daß nur Mitglieder der Gewerkschaften und von diesen eingeführte Gäste Zutritt hätten. Mit polizeilicher Logik deduzierte Herr Ruus aus dieser Bemerkung, daß das Fest ein öffentliches sein sollte! Im Anschluß an dieses Verbot wurde nun auch die Genehmigung des Umzuges zurückgezogen. Das geschah mit folgender origineller Begründung: „... Auf Grund dieser Entwicklung der Sachlage (des Verbotes des Festes) ist mit Recht für den Fall, daß der beschriebene Festzug... abgehalten wird, eine Störung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten.“

Es wird also unverblümt zugegeben, daß nicht durch den Festzug, sondern allein durch das Verbot der Polizeiverwaltung die Sicherheit gefährdet wird. Und dies stimmt denn auch ganz genau! Was jetzt haben alljährlich in mehreren Gewerkschaftsfesten stattgefunden, und kein einziges Mal ist der geringste Verstoß wider die öffentliche Ordnung passiert. Was helfen also in Preußen alle „freiwilligen“ Vereine, und Versammlungsgefeße, wenn die Exekutive im Land einfach über sie zur Tagesordnung übergeht und weiterwirtschaftet, wie sie vor dem Erlaß des gegenwärtigen Gesetzes, und schon vor hundert Jahren, gewirtschaftet hat?!

Antisemitische Wahlrechtsfeinde.

Zu den Gründern der Deutschsozialen Partei gehört neben Liebermann von Sonnenberg ein gewisser Theodor Fritsch, der in Leipzig eine Zeitschrift herausgibt, die den kern-keuschen Titel: „Hammer“ führt. Antisemit Fritsch hämmert mit Vorliebe auf dem Reichstagswahlrecht herum. Im Juniheft seines Organs führt er aus:

„Hat die Gesellschaft sich doch bis zu dem Wahnsinn des allgemeinen gleichen Wahlrechts verfliegen, um ja in jedem Wählenden des Erben nach zu erblicken, daß er den höchsten des Menschengeschlechts gleich sehe — natürlich auch in seinen Ansprüchen... Der Volkswille ist krank, und es kann heute nichts gefährlicheres geben, als diesem kranken Volke allen Willen zu tun, ihm das Selbstbestimmungsrecht zu lassen. Es müßte schon jemand mit väterlich milder Strenge dieses Volk unter seine Obhut nehmen, um es gegen seinen Willen wieder gesund zu machen.“

Dieses Antisemitische Schwören bei Wahlen Stein und Wein, daß sie die zuverlässigsten Hüter des Reichstagswahlrechts seien. Allerdings nimmt diese Gesellschaft kein denkender Mensch mehr ernst.

Das Recht auf die Strafe.

Die Provinzialversammlung des rheinischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes hat sich gegen das Ueberhandnehmen der katholischen Prozessionen gewendet, die heutzutage insbesondere in Großstädten und belebten Orten zu untraglichen Verkehrsbehindernissen geworden sind. Hierzu bemerkt die ultramontane „Triesterische Landeszeitung“:

„Jede Ganklerbande darf ihren öffentlichen Aufzug und Anzug halten, jeder Madfahrerkreis mit beliebigen vielen Brudervereinen einen Karo veranstalten, die internationalen Automobil-Klubs dürfen im Zeitalter des Verkehrs ihre Wettrennen veranstalten, jede Karnevalsgesellschaft darf an den drei Karnevalstagen ihre Wagenfahrten durch große und kleine Städte und Dörfer halten, das alles stört den Verkehr auf den Straßen nicht, nur die Fronleichnamsprozessionen sind „untragliche Verkehrsbehindernisse“, sogar dann, wenn sie sich, wie in Saarbrücken, nur um die Wägen der katholischen Kirche bewegen!“

sich von selbst, daß diesem Bestreben, eine angebliche Lücke des Gesetzes auszufüllen, von allen Verfechtern einer ethischen öffentlichen Moral der schärfste Widerstand entgegengekehrt werden muß!

Harmonie zwischen Arbeitgebern und Angestellten.

Der Gewaltdreier des Verbandes Bayerischer Industrieller hat eigentlich von seiner Seite Zustimmung erfahren; im bayerischen Landtag, im Münchener Gemeindefolgeium und auf den verschiedensten politischen Tagungen fand das Münchener Heldenstücklein seine entschiedene Ablehnung. Auch in der Presse hat man mehr oder minder temperamentvoll der dortigen Unternehmertum den Text darüber gelesen, daß sie mit ihrem Vorgehen nichts erreicht, sondern nur agitatorisch für die Sozialdemokratie sich bemüht.

Nur einige wenige Zeitungen erlaubten sich, eine feindliche Haltung den Angestellten gegenüber einzunehmen, und zwar die „Arbeitgeber-Zeitung“, „Die Post“, die „Schlesische Zeitung“ und nicht zuletzt die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“.

Wenn man sich die Mühe gibt, diese Separatist nach Form und Inhalt näher zu untersuchen, und sie vergleicht mit der famosen „Begründung“, die dem bekannten Münchener Mas vom 3. Juni beigelegt wurde, dann liegt der Gedanke nahe, daß es sich hier wohl um die gleiche Verfälschung handelt. Als der Staatsanwalt Dr. Emil Guggenheimer, der aus gewissen Gründen den Staub Münchens von den Füßen schütteln mußte, und der Rechtsanwalt König, der sich seine Sporen als jungliberaler Parteiführer verdient hatte, von „höherer“ Seite den Auftrag erhielten, der Gewerkschaftsbewegung der Angestellten nun einmal mit einem Nadelstichmittel beizukommen, da hatten beide Ehrenmänner wohl das Bestreben und den Ehrgeiz, gleich ganze Arbeit zu machen und ihre Ergüsse bei der ihnen befreundeten Presse abzuladen.

In fast sämtlichen Artikeln dieser Art wird zunächst der Versuch gemacht, den Bund der technisch-industriellen Beamten als eine sozialdemokratische Gewerkschaft hinzustellen; die Absicht ist klar ersichtlich, man appelliert an den Koffolker gewisser Kreise, um den Angriff auf einen Punkt zu lenken.

Wir haben nun keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir selbst die Angestelltenorganisation, um die es sich hier besonders handelt, trotz aller radikalen Anwandlungen im Grunde genommen doch für eine gut bürgerliche Bewegung halten. Im Gegenteil könnten von unserer Seite zu manchem Programmabsatz sehr eingehende kritische Randbemerkungen gemacht werden. Wenn wir z. B. das konstitutionelle Fabrikssystem und die Gewinnbeteiligung der Arbeit loben hören, dann denken wir an die Diskussionen, die wir im Laufe der letzten Jahrzehnte darüber mit manchem „Sozialreformer“ geführt haben. Wir würden beim Thema Beamtenansprüche auf die Erfahrungen hinweisen, die auf diesem Gebiet der Arbeiter mit ihren Arbeitersparnissen gemacht haben, und zu der Frage der Arbeitskammern gehen unsere Ansichten von denen des Herrn Solchs doch in einigen wesentlichen Punkten auseinander. Aber wir haben keine Veranlassung, uns in eine Polemik einzulassen. Die gemachten Reformvorschlüge werden bei ihrer Realisierung durch die Praxis ohnehin revidiert werden müssen.

Das Unternehmertum glaubt ja auch selbst nicht an die „sozialistische Technikergewerkschaft“; man will mit diesem Scheinmandat nur die Aufmerksamkeit von sich ablenken und den wahren Sachverhalt verschleiern. Den Höhepunkt von Unverschämtheit erreicht auch darin ein Artikel, der in der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ erschienen ist. Der Verfasser hat darin die Dreizehntigkeit, die Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten zu beschimpfen, indem sie als „meistens sehr jung, oft höchst unreife Jünglinge“ hinstellt. Wer denkt dabei nicht an gewisse Vorgänge, die sich seinerzeit in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zugetragen haben! Als die Ingenieure sich anlässlich des damaligen Elektro-Streiks als Streikbrecher gebrauchen ließen, erhielten sie von dem Allgewaltigen, dem Generaldirektor Rathenau, ein halbdool gehaltenes Verlobungsschreiben zugesandt; als sie einige Monate später die Unverschämtheit hatten, eine Petition an die Direktion zu richten, wurden sie als „Ochsen und Esel“ bezeichnet. Der Angestellte hat sich eben als Unbedingten des Unternehmers zu betrachten und sich dieser Gunst würdig zu zeigen.

Wie sich der Arbeitgeber das Verhältnis zwischen Unternehmer und Angestellte wünscht und erhalten möchte, das geht aus einer Pitanei der „Arbeitgeber-Zeitung“ hervor, die wir in einigen Stellen doch hier wiedergeben wollen:

„Man versteht die Naturordnung in ihr Gegenteil. Nicht mehr die Geleiteten sollen für die Leiter, sondern die Leiter für die Geleiteten vorhanden sein, nicht mehr die Herde soll dem Stirt, sondern der Stirt der Herde folgen. Staat, Gemeinde, Fabrik, Geschäftsunternehmen, alle sind nur auf der Welt, um dem Arbeitnehmer ein bequemes und sorgloses Dasein zu garantieren. Vom Minister bis zum kleinsten Bureauchef, vom Generaldirektor bis zum Werkführer hat jeder Vorgesetzte die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, alle Maßnahmen nur unter dem Gesichtswinkel zu treffen, wie derart das Behagen und die Bequemlichkeit der Angestellten gefördert werden kann. Wo aber solche Rücksichten die Herrschaft gewinnen, ist es zu Ende mit der Arbeitstreue des Unternehmers, mit der Autorität des Arbeitgebers.“

Dieses Aufsäumen der Untergebenen gegen die Vorgesetzten, der Geleiteten gegen ihre Leiter ist ein charakteristisches Symptom der gegenwärtigen Geistesrichtung, einer gefährlichen destruktiven Geisteshaltung, die darauf ausgeht, jede Ordnung zu untergraben und jede Disziplin unmöglich zu machen. Die Masse der Geleiteten, besungen in sozialistischen, gleichmaderischen Organen, will nichts mehr über sich dulden, sie will der Autorität, der Auswahl der Tüchtigsten ein Ende bereiten. Vergessen ist das schöne Wort, daß wer selber kein Ganzes ist, sich dienend an ein anderes Ganze anlehnen soll. Verpöthet wird die Treue, die Hingabe des Untergebenen an seinen Vorgesetzten, als Knecht wird gescholten, wer sich seines Dienstes rühmt und seinen Stolz darin sucht, ein treuer Diener seines Herrn zu sein.“

Aber auf diesen Erguß in der letzten Nummer hat schon die „Jugend“ geantwortet, die folgende poetische Klage ertönen läßt:

Wo ist die patriarchalische Zeit, Die schöne, die herrliche, gute, Da der Herr als oberste Obrigkeit Noch den Knecht dressiert mit der Stute? Und Reglung der Arbeitsstunden! Sie streben fremd nach Koalition, Denn jede Schramm ist geschwunden, Sie wollen — das Rad! — einen Windbestlohn! Und haben sich auf einmal erstreckt, Zu trachten nach besserem Leben Und ihrem geseglich verbürgten Recht Auch praktischen Ausdruck zu geben! Wo Gott, wie so manches Ideal Ist auch das Faustrecht ent-schwunden! Ja, ja, es ist eine hässliche Zeit, Und das Herz der Edelfien blüet! Wo bist du, du schöne Ver-gangenheit, Wo der Herr den Knecht noch gekniet? Es hat in Gewerkschaften — o Skandal! — Das Arbeitsvoll sich verbunden. Und jetzt „erniedrigen“ sich sogar Zur Einigkeit, welche Misere! Der Handlungsgehilfen schändliche Scham, Wo der Herr den Knecht noch gekniet? Die Techniker, Ingenieure.

brachte Verdacht in Betracht, die Direktion habe durch die Neuerung eine sogenannte „höhere Einwirkung“ herbeiführen wollen, die sie von den eingegangenen Lieferungsverpflichtungen befreien sollte!

Unwidersprochen steht fest, daß die Werk nicht in der Lage war, das in Arbeit befindliche Schiff „Ersatz Württemberg“ rechtzeitig fertigzustellen. Selbst bei ausgedehntester Ueberzeitarbeit wäre es nicht möglich gewesen, die Arbeit bis zum Liefertermin zu bewältigen. Daher wurde der Verdacht laut, die Werkdirektion suche nach einem Vorwand, um einen Anspruch auf Verlängerung der Lieferzeit zu haben und Nachlaß der verwickelten Konventionalstrafe zu erhalten! Und diesen Anspruch wolle sie mit der Arbeitsunterbrechung begründen, die sie selbst vorgenommen hat und die sie durch alles Maß übersteigende Ansprüche an die Arbeitskraft produziert habe!

Merkwürdigerweise geht die Direktion auf diesen, wie schon bemerkt, auch in „D. Z.“ ausgesprochenen Verdacht bei ihrer in diesem Blatte gegebenen „Rechtfertigung“ mit keinem Worte ein! Sachlich bestätigt sie in ihrer Erklärung, daß sie die Aussperrung der 7800 Mann vorgenommen hat, weil an einem Tage 271 und an einem anderen Tage 517 Meter keine Ueberstunden geleistet haben. Dabei behauptet sie lediglich, die Arbeit sei gerade dort nicht geleistet worden, wo sie besonders dringend gewesen sei. Das mag vielleicht stimmen und sände darin seine Erklärung, daß gerade an diesen Stellen die bereits geleistete Ueberzeit die Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten hatte!

Wo aber ist da die Begründung für das moralische Recht der Proklosmachung von circa 8000 Arbeitern?

Die Öffentlichkeit hat nunmehr das Urteil über den ungeheuerlichen Terrorismus, über den beispiellosen Gewaltakt der Werkgehaltigen zu fällen!

Die „Gefährdung der Staatsicherheit“ durch die aristokratische Korruption.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat einen feinen Richter für die Gefahren, die den Privilegien des Junkertums drohen. Sie hat ebensoviel wie die sozialdemokratische Presse deutlich erkannt, daß die Kette der Sensations- und Korruptionsprozesse, die unsere Gerichte in Sachen der Horden, Kollite, Eulenburg und Konforten beschäftigt haben, die Sicherheit unseres heutigen Junkertums gefährden. Das Detektivblatt hat erkannt, daß die Wiederholung solcher Prozesse oder besser gesagt, daß die Öffentlichkeit ähnlicher Skandalprozesse die Junker-Autorität und Privilegien derart gefährden würde, daß die Junkerherrschaft tatsächlich bedroht werden würde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht deshalb einen ihr von „juristischer Seite“ zugegangenen Artikel, in dem bitterliche Klage darüber erhoben wird, daß über die Skandalosa des Eulenburgprozesses trotz des Ausschlusses der Öffentlichkeit wegen angeblicher „Gefährdung der Sittlichkeit“ in der Presse berichtet worden sei. Wir haben schon mehrfach bemerkt, daß die „Deutsche Tageszeitung“ selbst sich durch den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht hat abhalten lassen, über die Prozeßverhandlungen zu berichten. Aber nicht dieser heitere Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis des Agrarierorgans, sondern die Begründung seiner Forderung des absoluten Ausschlusses der Öffentlichkeit darf hier das Interesse beanspruchen.

Die „juristische Seite“ des Detektivblattes erklärt, daß die Tatsache, daß über den Prozeß trotz des wegen angeblicher Gefährdung der Sittlichkeit erfolgten Ausschlusses der Öffentlichkeit in der Presse Berichte erschienen seien, eine „zweifellose Lücke des Gesetzes“ aufzeige. Der Gesetzgeber sei auf halbem Wege stehen geblieben. Man habe durch das Gerichtsverfassungsgesetz zwar für die Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen, nicht aber die Möglichkeit einer Berichterstattung für die Presse unterbunden. Da könne nur eins helfen. Der Artikel 1, § 175, Absatz 2 der Novelle vom 5. April 1888, der bestimme, daß, wenn die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen worden sei, das Gericht den anwesenden Personen, also sämtlichen Prozeßbeteiligten, einschließlich der Zeugen und Sachverständigen, die Geheimhaltung der Verhandlung zur Pflicht machen könne, und der überdies Berichte über die Verhandlungen durch die Presse mit Strafe bedrohe, müsse auch auf diejenigen Verhandlungen ausgedehnt werden, bei welchen Ausschluß der Öffentlichkeit nicht wegen Gefährdung der Staatsicherheit, sondern nur wegen Gefährdung der Sittlichkeit erfolge!

Die Sozialdemokratie ist, was kann erwähnt zu werden braucht, auch Gegnerin des Artikels 1, § 175, Absatz 2, wonach wegen „Gefährdung der Staatsicherheit“ die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann. Läßt sich doch diese Bestimmung, die ansehnend nur einen Schutz diplomatischer oder militärischer Geheimnisse gegenüber dem Auslande darstellt, jederzeit lauschkunfartig derart ausdehnen, daß alle möglichen sogenannten Hoherratsprozesse der Art der Öffentlichkeit entzogen werden können! Hatte doch auch der Reichsanwalt im Falle des Genossen Dr. Karl Liebknecht den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt!

Es hieße aber der sich hinter die sogenannte Staatsraison — in Wirklichkeit den Interessen der Herrschenden — verschlingenden Willkür Tür und Tor öffnen, wenn der wegen der Gefährdung der Staatsicherheit mögliche Ausschluß der Öffentlichkeit inklusive des Schweigebots aller in dem Prozeß Beteiligten auch auf andere Prozesse ausgedehnt werden könnte, bei denen es sich angeblich nur um Gefährdung der Sittlichkeit handelt!

Bei den Gerichten über die Eulenburgiana ist auch nicht das Geringste mitgeteilt worden, was die Sittlichkeit zu gefährden geeignet gewesen wäre! Wohl aber enthalten diese Berichte mancherlei, was Beweis dafür ablegt, daß in den obersten und maßgebendsten Kreisen der sogenannten Staats-erhaltenden die Sittlichkeit nicht nur den ärgsten Gefährdungen ausgesetzt ist, sondern vielfach tatsächlich vergewaltigt wird! Das ist es auch gerade, was die Besorgnis der Junker und ihrer juristischen Handlanger erregt hat! Man weiß ganz genau, daß nicht die Verichte über die Eulenburgprozesse die Sittlichkeit gefährden, sondern die aristokratischen Lumpereien, die den Gegenstand derartiger Prozesse bilden. Man befürchtet eben, daß durch das Bekanntwerden der diesen Prozessen zugrunde liegenden Tatsachen die „Staatsicherheit gefährdet“ wird, das heißt die Sicherheit des preussischen Junkerkrautes, dessen vornehmste Träger durch derartige Prozesse als bis ins Mark zermorschte Stützen der sogenannten heutigen Ordnung entlarvt werden!

Das und nicht anderes ist der Zweck der juristischen Stillübung im dem führenden Organ der preussischen Junker. Es versteht

Wir erinnern uns nicht, daß das Zentrum, das hier für die Kirche das Recht auf die Straße proklamiert, mit gleicher Entschiedenheit dieses Recht auch für die politischen Parteien gefordert hätte! Im Gegenteil war das Zentrum an der Spitze der Schreier, die den Sozialdemokraten das Recht wehrten, für das Wahlrecht auf der Straße zu demonstrieren.

Sozialdemokratische und reichsverbändlerische Uebelthäter.

Wir gedachten dieser Tage eines Betrugs, den der Reichsverbändlerband an der ihm ergebenden Presse verübt hat. Denn anders als Betrug kann man es nicht nennen, wenn der Reichsverband den Ordnungsbüchern eine Liste von 24 sozialdemokratischen und freigeistlichen Uebelthätern unter dem ausdrücklichen Vorbehalt aufbewahrt, daß die gerichtliche Bestrafung sozialdemokratischer Verbrecher sich in der letzten Zeit außerordentlich häufe, und hierbei die ihm wohlbelannte Tatsache beifügt, daß die Straftaten, um die es sich hier in der Liste handelt, zum Teil jahrelang zurückliegen. Denn die Reichsverbändlerkorrespondenz kann sich nicht damit heraushehlen, daß ihr die Daten der in ihrer Liste aufgezählten Verurteilungen nicht bekannt gewesen sind, da sie z. B. des Falles Jangolt-Janzh, den wir herausgriffen, in ihrer Nr. 32 vom 9. Mai 1907 erwähnt hat, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung am 19. Oktober 1905 die Verurteilung mitgeteilt worden sei.

Wir drehen befallig den Spiegel um, indem wir allein aus dem letzten halben Jahre fünf betrügerische Reichsverbändler namhaft machen und an dieser Aufstellung nachweisen, daß zwar überall Lumpen in der Welt herumlaufen, aber an der eigenen Praxis des Reichsverbandes gemessen, in dieser ehrenwerten Gesellschaft erst bis zwölfmal so stark vertreten sein müssen als in der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Aber jetzt stellt sich heraus, daß wir falsch gerechnet haben, und daß man den politischen Gegner, wenn es sich um den Reichsverband handelt, in moralischer Hinsicht immer noch zu hoch einschätzt. Heute wird uns mitgeteilt, daß der erwähnte Fall Janzoh durchaus noch nicht am weitesten zurückliegt. Der ebenfalls in der Liste des Reichsverbandes angeführte Schuhmacher Christian Müller ist in Mühlheim a. Rh. — schon gut anderthalb Jahre vor Janzoh — nämlich im Februar 1904 wegen Unterschlagung von Zeitungsgeldern zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Seht man diesen Fall Müller als den am weitesten zurückliegenden und stellt hiernach den Prinzipien des Reichsverbandes gemäß eine Rechnung auf, dann ergibt sich, daß unter den Reichsverbändlern die Vertrauenswürdigkeit nicht elf- oder zwölfmal, sondern achtzigmal stärker ist als unter den sozialdemokratischen und freigeistlichen Arbeitern. Hierbei ist noch des weiteren in Betracht zu ziehen, daß die Arbeiter in derartigen Dingen seinen Spieß versetzen, sondern streng für öffentliche Aufdeckung von Verfehlungen sorgen. Ob dies unter den Ordnungsbüchern allemal der Fall ist, wollen wir, wo der Reichsverband sich mit seiner sozialdemokratischen Verbrecherliste so arg hineingelegt hat, des christlichen Mitleids voll, für diesmal dahingestellt sein lassen.

Schweiz.

Die Auslieferung Wassilieffs.

Aus Zürich wird geschrieben:

Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht einen längeren Bericht über die Verhandlung des Bundesgerichtes gegen Wassilieff. Man erfährt da, daß die russische Regierung den Fall Wassilieff erst als politisches Delikt durch administrative Verfügung dem Militärgericht zur Aburteilung übertragen hatte. Nun änderte sie ihr Verfahren und verlangte von der Schweiz, die Auslieferung Wassilieffs weihen eines „an dem Polizeimeister in Pensa begangenen gemeinen Mordes“ und gab die Zusicherung, daß er nicht wegen eines politischen Delikts verfolgt und nur durch die ordentlichen Gerichte abgeurteilt werden solle. Es ist also in Rußland vorteilhafter, ein gemeiner, statt ein sogenannter „politischer“ Verbrecher zu sein.

Wassilieff und sein Verteidiger Dr. Willemin in Genf behaupteten demgegenüber den politischen Charakter der Tat und sie wurden darin unterstützt von Gutachten der angesehenen Advokaten Lachenal, früher Bundesrat, und Vorel, beide in Genf, ferner zweier Rechtsgelehrter in Brüssel sowie der französischen „Ligue des Droits de l'Homme in Paris“. In der Rechtschrift des Verteidigers ward ferner ausgeführt, daß der Polizeimeister von Pensa sich durch besondere Brutalität gegen das Volk hervorgetan habe, weshalb er denn auch nebst zwei anderen Beamten auf Befehl des revolutionären Komitees hingerichtet worden sei.

Vor dem Bundesgericht entspann sich nun über die Frage, ob die Handlung Wassilieffs als ein politisches oder als ein gemeinsames Delikt zu betrachten sei, eine sehr lebhafte und interessante Diskussion. In einem Falle, wo ein und dieselbe Handlung zugleich Merkmale des politischen und des gemeinen Verbrechens an sich trägt, es sich also um ein komplexes politisches Delikt handelt, hat das Bundesgericht gemäß Art. 10 des Auslieferungsgesetzes nach freiem Ermessen zu prüfen, ob die einen oder die anderen dieser Merkmale überwiegen. Das Bundesgericht schied sich in eine Mehrheit und Minderheit. Die letztere war der Ansicht, daß die Ermordung des Polizeimeisters von Pensa als ein politisches Verbrechen zu betrachten sei. In subjektiver Beziehung müsse darauf verwiesen werden, daß Wassilieff der revolutionären Partei angehörte und in deren Auftrag den Polizeimeister, gegen den er keinerlei persönliche Gründe zu Haß und Rache gehabt habe, ermordete. Dies geschah zu dem Zweck, um unter den unmenlichen russischen Beamten Schrecken zu verbreiten, sie zu einer gerechteren und humaneren Behandlung des Volkes zu zwingen und so in letzter Linie die Organisation des Staates zu bessern. In objektiver Beziehung sei zu sagen, daß das von Wassilieff gewählte Mittel keineswegs ungeeignet sei, um den erhofften Zweck zu erreichen; denn die Ermordung des Polizeimeisters von Pensa sei nicht für sich allein, sondern im Zusammenhang mit anderen ähnlichen Handlungen zu betrachten, und es sei kaum zu bezweifeln, daß verschiedene der in Rußland bereits durchgeführten Reformen, so die Schaffung des Parlaments, auf den in dieser Weise kundgetanen Widerstand des Volkes gegen die Willkür zurückzuführen seien.

Die Mehrheit des Gerichtes war ebenfalls der Meinung, daß Wassilieff ungewissenhaft des Glaubens gewesen sei und die Absicht gehabt habe, ein politisches Verbrechen zu begehen; allein in objektiver Beziehung fehle es an dem unbedingt nötigen Zusammenhang zwischen seiner Tat und der Möglichkeit einer Umänderung der bestehenden Staatsform. Denn die Ermordung eines in ziemlich untergeordneter Stellung befindlichen Polizeibeamten sei ohne allgemeine Bedeutung für das gewaltige russische Reich, dessen Organisation und Verwaltung; der Fall liege somit durchaus analog wie derjenige Mafaiskihs, der den Direktor der Reichsbahn aus ähnlichen Gründen ermordet hatte, wie Wassilieff den Polizeimeister, bei dem aber ebenfalls die Annahme des politischen Verbrechens abgelehnt worden sei. Vielmehr sei die Tat einerseits als ein Racheakt für die vom Polizeimeister an den Tag gelegte Härte zu betrachten, und ihr Zweck sei einzig der, Furcht und Schrecken zu verbreiten. Nun sei aber schon bei Erlass des Auslieferungsgesetzes die Absicht des Gesetzgebers ausdrücklich dahin gegangen, die Terroristen von der Wohlfahrt des Art. 10 auszuschließen und auch das Bundesgericht habe von jeder dieser Auffassungen geteilt. Es sei schließlich auch noch

darauf zu verweisen, daß bei einem noch so unreifen, kaum dem Knabenalter entwachsenen Menschen wie Wassilieff kaum eine gefestigte politische Ueberzeugung angenommen werden dürfe. Immerhin rechtfertigt es sich, die russische Regierung bei ihrem Zugeständnis, daß Wassilieff wegen seines politischen Deliktes verfolgt und vor kein Ausnahmegericht gestellt werden solle, ausdrücklich zu befehlen. Demnach besteht am schweizerischen Bundesgericht eine Mehrheit für die grundsätzliche Auslieferung von „Terroristen“ an Rußland, wobei sie selbst den Begriff willkürlich konstruiert. Das, was die Mehrheit zur Begründung ihres Standpunktes vorgebracht hat, ist kleinlich und unfählich spießbürgerlich engherzig. Es ist eine Gesellschaft von Spießbürgern, die unter mißbräuchlicher Ausnutzung ihrer Machtstellung das schweizerische Asylrecht vollends erdroffeln und die so mit seinen letzten Nesten aufstäumen.

Der Korrespondent der „N. Z. Jtg.“ ist damit sehr einverstanden, indem er dazu bemerkt: „Hätte das Urteil im umgekehrten Sinne gelautet, so würden wohl noch verschiedene Gesinnungsgenossen Wassilieffs sich unser Land als Zufluchtsstätte ausersuchen haben.“

Das dürfte nicht sein und so erniedrigte man die demokratische Republik zum verächtlichen Mittel der in Rußland herrschenden Verbrecherbande in demselben Augenblicke, da der achtzigjährige Tolstoi sie vor der ganzen Kulturwelt auf die Anklagebank schleppte!

Die 15 000 Proletarier, die am Sonntag nachmittag in Auferstehung die Brandmarkung des bundesgerichtlichen Schergendienstes durch unseren Genossen Greulich mit einem zustimmenden, die Luft erschütterndem „Psui!“ begleiteten, haben auch ihr Urteil über die Schergen in Lausanne gefällt.

England.

Kriegsrüstung statt Sozialpolitik.

London, 20. Juli. Oberhaus. Bei den Verhandlungen über das Alterspensionsgesetz übte Lord Cromer, der frühere Vizekönig von Ägypten, Kritik an der Vorlage vom finanziellen Standpunkt aus und erklärte, es würde eine Zuschlagsbesteuerung direkt oder indirekt eingeführt werden müssen, um den Aufwand zu decken, den das Gesetz fordern würde. In den gegenwärtigen Zeitläuften sei es die vornehmste Pflicht der Regierung, mit ihren Hilfsquellen hauszuhalten und sich auf jede mögliche Weise auf einen europäischen Konflikt vorzubereiten, der hereinbrechen könnte, bevor viele Jahre vergangen seien. „Wir leben in einer Zeit, wo der Einfluß des Individuums begrenzt ist. Wenn die nationalen Interessen auf dem Spiele stehen und die Leidenschaften entflammt sind, ist die Gefahr vorhanden, daß ein Zusammenstoß sich ereignet, so friedlich auch die Absichten der Regierenden sein mögen.“ Nach seiner Meinung würde, wenn das Gesetz angenommen werde, die Sache des Freihandels gefährdet sein, und dies würde die wirtschaftliche Klust zwischen England und den auswärtigen Nationen erweitern und die Möglichkeit eines Zusammenstoßes erhöhen. Lord Rosebery und mehrere konservative Redner kritisierten das Gesetz gleichfalls.

Lord Lansdowne schloß sich den Kritikern der Maßregel und ihrer möglichen Folgen für die finanziellen Hilfsquellen des Landes an, erklärte aber, er würde nicht gegen das Gesetz stimmen, für das die Regierung die ausschließliche Verantwortung zu übernehmen habe. Lord Crewe erklärte, weder dieser noch irgendein anderer Aufwand von Seiten der Regierung würde für den Augenblick erlaubt sein, da er möglicherweise die eigene Verteidigung des Reiches störend beeinflussen könnte. Das Gesetz wurde hierauf mit 123 gegen 16 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Das Rüsten zu Luft.

London, 21. Juli. Unterhaus. Grettton (konservativ) fragte, ob die Aufgaben der Luftschiffahrt von dem Komitee der nationalen Verteidigung in Betracht gezogen, ob Seeoffiziere am Rat gefragt wurden und ob beabsichtigt sei, alle Versuche im Einvernehmen mit der militärischen Behörde zu unternehmen. Schatzkanzler Asquith antwortet, diese Angelegenheit stehe jetzt in hervorragendem Grade im Gesichtskreis sowohl der Flotten- wie auch der Seereserveverwaltung. Es könne aber augenblicklich nicht erwünscht sein, mehr zu sagen, als daß die Frage sowohl die Aufmerksamkeit der Militär- wie der Flottenbehörden in Anspruch nehmen und daß beide bei den Beratungen Hand in Hand gehen werden.

Rußland.

Verurteilung eines sozialdemokratischen Abgeordneten.

Der sozialdemokratische Dumaabgeordnete Kossorotow, der am 31. Mai von der Dumamajorität der Regierung ausgeliefert wurde, ist vor einigen Tagen von der Delegation des Kaiserlichen Appellhofes zu elf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Genosse Kossorotow war bekanntlich angeklagt, auf dem Wege nach Petersburg auf der Station Jurjan eine „aufwühlereische“ Rede vor den versammelten Arbeitern gehalten zu haben. Die Anklage stützte sich hauptsächlich auf folgende Äußerung, die er angeblich während seiner Rede getan haben soll: „Ihr sollt der Obrigkeit nicht Folge leisten, und auf die Männer in den grauen Soldatenmänteln muß geschossen werden.“ Alle Zeugen bekundeten, daß der Angeklagte diese Worte nicht gebraucht hatte, und der Angeklagte selbst berief sich unter Hinweis auf seinen Parteistandpunkt darauf, daß er als Sozialdemokrat diese Äußerung nicht getan haben konnte, weil er ein Gegner terroristischer Aktionen gegen die Regierung, insbesondere gegen Soldaten sei. Als einziger Belastungszeuge trat der tatarische Landpolizist Odukgasarov auf, der der russischen Sprache so wenig mächtig war, daß er die insinuierte Äußerung selbst vor Gericht nicht wiederholen konnte. Und trotzdem fällt das Gericht das ungeheuerliche Urteil.

Eine charakteristische Einzelheit: Der Staatsanwalt begann seine Rede mit den Worten: „Meine Herren Richter! Sie brauchen sich mit der Frage über die Schuld Kossorotows nicht lange zu beschäftigen, denn er ist bereits von der Reichsduma als schuldig befunden worden.“ Genau so argumentierte die Dumamajorität, die auf die Einzelheiten der Anklage nicht näher einging, sondern die letztere selbst als genügend bezeichnete, um den Angeklagten auszuliefern. Man sieht: die Rogit der Herrenduma und der Staatsanwälte ergänzt sich gegenseitig.

Bereivigung des Ausnahmezustandes.

Petersburg, 21. Juli. In der Stadt und in dem Gouvernement Petersburg ist der außerordentliche Schutz um sechs Monate verlängert, in der Stadt und in dem Gouvernement Charkow ist der Kriegszustand durch den verfallenen Schutz ersetzt worden.

Ein Dementi.

Rauheim, 21. Juli. Die Meldung vom Tode des Admirals Roschdiewensky bestätigt sich nicht.

Türkei.

Die jungtürkische Bewegung.

Aus Saloniki erfährt die „Frankfurter Zeitung“: Meh Bey von Kesna, gegenwärtig in Starona, erlud. Gilm Pascha drahllich um Vermittlung beim Sultan für Erreichung einer Konstitution. Wie er mitteilt, geht er jetzt nach Epirus, um dort die Bevölkerung für die Revolution vorzubereiten.

Neue Attentate.

London, 21. Juli. Nach Meldungen hiesiger Abendblätter aus Saloniki griffen vier junge türkische Offiziere, die zur Bejagung von Serres gehören, ihren Oberst an und töteten ihn nach einem hartnäckigen Kampfe, in dessen Verlauf auch die Angreifer schwer verwundet wurden. Der Oberst wurde später mit 32 Wunden aufgefunden. Die Mörder sind entkommen. Sie gehören sämtlich der jungtürkischen Partei an, und der politische Charakter des Verbrechens ist zweifellos.

Konstantinopel, 21. Juli. Die jungtürkischen Drohkate und Attentate im Vereine des dritten Korps in Saloniki dauern fort. In den letzten Tagen ist der Oberleutnant Nazim in Saloniki verwundet, ein Kavallerie-Oberleutnant in Serres und der Mutesarif von Dibre sind ermordet worden.

Keine Amnestie.

Saloniki, 21. Juli. Das jungtürkische Komitee hat das Amnestiedekret des Sultans mit dem Bemerken zurückgewiesen, dasselbe bezwecke, sich auf bequeme Art der jungtürkischen Offiziere zu bemächtigen.

Indien.

Die Streikenden.

Bombay, 20. Juli. Nach den bisherigen Feststellungen ist bei dem heutigen Zusammenstoße zwischen den ausländigen Spinnerarbeitern und der Polizei ein Eingeborener getötet worden, während sieben andere Verletzungen davongetragen haben.

Marokko.

Abdul Kjis.

Paris, 21. Juli. Die General D'Amade unter gestrigem Datum aus Casablanca telegraphiert, lagerte die Mahalla des Sultans Abdul Kjis am 19. d. Mts. am Oued Berda. Die Notabeln des Maltra-Stammes sollen Res beschlossen haben, um sich Abdul Kjis zu unterwerfen.

Aus der Partei.

Tagesordnung des Parteitages.

Genosse Singer, der sich bekanntlich einer Augenoperation unterziehen mußte, ist soweit wieder hergestellt, daß er im kommenden Winter seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Für die nächsten Wochen soll Genosse Singer auf Wunsch des Arztes seine Augen noch schonen. Der Parteivorstand hat deshalb dem Genossen Geyer des Parteitagsreferat über die Reichsfinanzreform übertragen.

Der Sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Wahlkreis (Leipzig-Land) hielt heute seine Jahresgeneralversammlung im Volkshaus ab. Dem gedachten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß diese große politische Organisation auch im verflochtenen Jahre wiederum große Fortschritte gemacht hat und daß eine große Tätigkeit auf allen Gebieten entfaltet wurde. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1907 20 710, davon waren 2434 weibliche Mitglieder, am 1. Juli 1908 23 702, davon 2940 weibliche Mitglieder, eine Mitgliederzunahme von 2940 gleich 14 Prozent. Die Abonnementzahl der „Volkzeitung“ für den Kreis beträgt 35 085. Die Gesamteinnahme der 63 Ortsvereine, aus denen sich die Kreisorganisation zusammensetzt, betrug im Geschäftsjahre 1908 127 911,83 M., die Ausgabe 113 144,13 M., an die Kreishauptkasse wurden 68 923,80 M. abgeliefert. Die Ortsvereine hielten im verflochtenen Jahre 776 Vereinsversammlungen ab, wozu noch 107 öffentliche Versammlungen kommen, die vom Agitationskomitee mit dem Vereinsvorstand einberufen worden waren. Zur Verbreitung der Agitation wurden etwa 7—800 000 Flugblätter und Handzettel verbreitet, ebenso eine große, nach Zehntausenden von Exemplaren zählende Zahl Broschüren und Kalender.

Zur Ausbildung der tüchtigen und fähigen Genossen ist für den Agitationsbezirk ein Bildungsinstitut geschaffen worden, von dem Kurse über politische Ökonomie, Geschichte und Sozialpolitik abgehalten werden, die Genossen des 13. Kreises nehmen an den Kursen lebhaft teil. In den verschiedenen Stadtteilen sind Redeübungsabende eingerichtet worden, die einen starken Besuch aufzuweisen haben. Der 13. Kreis ist nicht nur an den Stadtverordnetenwahlen in Leipzig, sondern auch an den Wahlen zu den Gemeindevertretungen in einer Anzahl kleinerer Städte und in Dörfern beteiligt; in 63 Dörfern sind 139 sozialdemokratische Gemeindevertreter vorhanden. In sechs Stadtteilen von Leipzig und zwei großen Dörfern sind Jugendorganisationen mit 978 Mitgliedern vorhanden.

Die allgemeine politische Tätigkeit wie die Vereinsaktivität war im Kreise ungemein rege, woran das Kreissekretariat sein gut Teil beiträgt, wie der Bericht des Vorstandes ausdrücklich anerkennt. Die Generalversammlung hat die Tätigkeit des Vorstandes wie die des Sekretariats anerkannt, indem sie ihnen einstimmig Entlastung erteilte und den alten Vorstand wiedewählte.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Offen.

fand am Sonntag, den 19. d. M., in Werden-Ruhr statt. Anwesend waren außer den berechtigten Funktionären 84 Delegierte aus 22 Orten. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen: Die Mitgliederzahl stieg im letzten Jahre von 2912 auf 3340. Die Einnahmen betragen 19 284,85 M. (gegen 15 468,80 M. im Vorjahre), der Massenbestand 3403,97 M. (2974,15 M.). Neben 39 Mitglieder- versammlungen fanden 80 öffentliche Versammlungen statt. Zur Agitation wurden im Berichtsjahre verbreitet 33 300 Exemplare verschiedener Broschüren, 40 000 Agitationskalender, 23 250 „Wozgenrot“, 459 000 Flugblätter, 300 000 Agitationsnummern der für den Kreis neu eingeführten „Arbeiterzeitung“.

Die Parteitagsabrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 15 751,80 M.

Die Landtagswahlbewegung, die 2500 M. kostete, brachte ein Stimmenresultat von 10 350 gegen 378 im Jahre 1903.

Bei den letztjährigen Gemeinderatswahlen brachte die Partei im Kreise 4038 Stimmen auf gegen 2300 im Jahre 1903/04. Grobert sind erst drei Sitze in der Gemeinde Schonnebeck.

In zwölf teilweise bedeutenden Orten des Kreises (in mehr als der Hälfte aller Dörfern) stehen der Partei keine Versammlungslokale zur Verfügung, meist infolge des Terrorismus der Schwarzgen.

Die Frauenorganisation, die im Jahre 1904 einsetzte, zählte 1000 „Gleichheits“-Abonnementen gegen 600 im Vorjahre. Der Anknüpf der Frauen an die Kreisorganisation wurde beschlossen, die Genossinnen zahlen 30 Pf. Monatsbeitrag und erhalten die „Gleichheit“ gratis, Genossinnen, denen von ihrer Gewerkschaftsorganisation die „Gleichheit“ geliefert wird, zahlen nur 15 Pf. Beitrag.

Die lose Jugendorganisation hat es im ersten Jahre ihres Bestehens auf 350 Mitglieder gebracht, der Kreisverband wurde beauftragt, die Jugendbewegung energisch zu unterstützen und neb-

der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen und Förderung der Allgemeinbildung besonderen Wert auf die sozialistische Durchbildung der Jugendlichen zu legen.

Nach 2 1/2 stündiger Debatte, in der König, Dortmund und Kunge, Vorkund den Standpunkt der dortigen Genossen vertraten, wurde die Kritik der „Arbeiter-Zeitung“ an der Landtagswahl im Ruhrgebiet einstimmig gutgeheißen.

Ein Antrag, daß der Kreis Essen vom niederrheinischen Agitationskomitee zu dem für das westliche Westfalen übergeben solle, wurde begründet mit den wirtschaftlich und politisch gleichartigen Verhältnissen des Ruhrgebietes, er wurde aber zur weiteren Spezialberatung dem Kreisvorstand überwiefen.

Den deutschen Parteitag beschloß die Konferenz mit 2 und den niederrheinischen Parteitag mit 5 Delegierten zu beschicken.

Gewerkschaftliches.

Streikbrudjorganisation.

Nicht müde werden die „gelben Verbände“, den Unternehmern ihre Vereithwilligkeit und Dienstfertigkeit als Streikbrecherorganisation zu erweisen. Als Hauptarrangeur fungiert augenscheinlich ein Herr Ludwig Schaper. Dieser Herr hat kürzlich folgendes Rundschreiben aufplattern lassen:

Berlin SW. 11, Hasenplatz 10.

Die fortgesetzten und ungerechtfertigten Angriffe auf alle Arbeiterorganisationen, die in Ausständen eine zweischneidige Waffe sehen und von der aufrichtigen Absicht beseelt sind, den wirtschaftlichen Frieden nach Kräften zu fördern, lassen eine Besprechung unter diesen Organisationen als wünschenswert erscheinen.

Indem ich von seiten des „Bundes vaterländischer Arbeitervereine“ diese Anregung gebe, versichere ich gleichzeitig, daß uns bei dem Vorschlage jede werbende und peluniäre Absicht fernliegt.

Die Gegenstände der Besprechung werden sich aus dem schriftlichen Meinungsaustausch ergeben. Zunächst möchte ich in Vorschlag bringen eine Verhandlung über die Frage: „Wie können sich Arbeitervereine von oben bezeichneter Tendenz in Angelegenheit von Lohn- und Arbeitsbedingungen näher treten und gegen den Terrorismus unterliegen?“

Da eine Besprechung der sorgfältigsten Vorbereitung bedarf, so wäre eine möglichst schnelle Erledigung dieser Anregung sehr erwünscht.

Die Geschäftsstelle würden Sie durch Uebersendung Ihrer Satzungen für die Wähler der Bundes sehr verpflichten.

Mit aller Hochachtung

Ludwig Schaper.

Die Wendung von dem „Ferkeln“ jeder „pekuniären Absicht“ wird erst verständlich, wenn wir mittelen, daß obiges Schriftstück den Unternehmern zugegangen ist. Und man merkt die Absicht. Die Wohlthäter der Gelben sollen ihre Organisation zur Beschickung der Konferenz, die den Streikbruch auf breiterer Grundlage organisieren soll, kommandieren.

Es ist doch ein gar zu trauriges Spiel, das diese gelben Verbände treiben.

Berlin und Umgegend.

Der Geburtstag des Chefs.

Herr Subilatis, Inhaber einer Schraubenfabrik in der Boghagener Straße, feierte kürzlich seinen 60. Geburtstag. Das würde uns natürlich nichts kümmern, wenn nicht der Betriebsleiter Meyer seine Autorität eingeseht hätte, um die Arbeiter der Schraubenfabrik für den Geburtstag des Chefs zu interessieren. Der Betriebsleiter besief nämlich den Arbeiterauschuh zu sich und ersuchte ihn, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Arbeiter recht erge an einer Geldsammlung beteiligen möchten, welche der Betriebsleiter veranstalten werde, um aus dem Ertrage der Sammlung dem Chef eine Geburtstagspende der Arbeiter zu überreichen. Ein Mitglied des Ausschusses wandte ein, der sehr wohlhabende Herr Subilatis werde doch wohl auf ein Geschenk der Arbeiter, die sich ja jetzt in keiner günstigen Lage befinden, verzichten können, auch gehöre diese Angelegenheit nicht zur Kompetenz des Ausschusses, sie könne vielmehr nur durch eine Versammlung der Arbeiter erledigt werden. Dieser Einwand blieb jedoch unbeachtet. Die Abteilungsmeister setzten die Sammellisten in Umlauf, aber es zeichnete kein Arbeiter darauf. Das war eine deutliche Antwort auf die Veranstaltung des Betriebsleiters. Hätten die Meister das erforderliche Taktgefühl besessen, dann würden sie die unbeschränkten Sammellisten zusammengepackt und auf eine Besprechung des Chefs durch die Arbeiter verzichtet haben. Das war jedoch nicht der Fall. Die Listen wurden erneut in Umlauf gesetzt und diesmal in Gestalt erster Wohnungen und Hinweise auf den arbeiterfreundlichen Chef ein sanfter Druck auf die Arbeiter ausgeübt. Unter solchen Umständen konnte der „Erfolg“ natürlich nicht ausbleiben. Er begifferte sich auf 68 M., aus Arbeitergroßchen „gesammelt“, wofür dem reichen Fabrikbesitzer eine Blumenpende gekauft und feierlichst überreicht wurde.

Herr Subilatis rebanchierte sich für die „freiwillige“ Spende, indem er den Arbeitern 150 M. zu einem Festessen überwiefs. Die Mehrzahl der Arbeiter zeigte sich nun hinsichtlich der Annahme von Geschenken taktvoller wie ihre Vorgesetzten. Eine Betriebsversammlung beschloß, die 150 M. nicht anzunehmen. Eine Kommission war bereits auf dem Wege, um Herrn Subilatis das Geld zurückzugeben. Da erklärte derjenige, welcher das Geld in der Tasche hatte und zu den nichtorganisierten Arbeitern gehörte: Er gebe das Geld nicht heraus, das Festessen sei bereits bestellt und werde auch gegessen werden. Somit konnte der Mehrheitsbeschuß der Arbeiter nicht ausgeführt werden.

Am folgenden Tage wurden die Teilnehmer an der Geburtstagsammlung durch Anschlag in der Fabrik zum Festessen geladen. Alle, die auf den Listen gezeichnet hatten, erhielten noch brieflich den persönlichen Dank des Herrn Subilatis, der wohl keine Ahnung davon haben mochte, wie die Sammlung zustande gekommen war.

Wie man sich denken kann, waren die Veranstalter der Sammlung sehr erboft darüber, daß ihr Plan, dem Chef eine Ovation auf Kosten der Arbeiter zu bereiten, nur sehr mangelhaft gelungen war. Man sahndete jetzt nach denen, welche das Wühligen der Ergebnleisungsbewegung verschuldet haben sollten. In zwei Funktionen des Metallarbeiterverbandes glaubte man die Uebelthäter entdekt zu haben. Sie wurden entlassen. Mehrere Jahre hatten diese Weiden zur vollen Zufriedenheit in der Fabrik von Subilatis gearbeitet. Jetzt, nachdem die Geburtstagsammlung mißglückt war, fand man plötzlich heraus, daß diese beiden Arbeiter zuviel umherhanteln. Das war dann der angebliche Grund der Entlassung.

Glauben die Betriebsleiter, welche diese Entlassungen verfügten, vielleicht, sie könnten die 68 M. Blumenpende dadurch wettvoller machen, daß sie ihr noch das Opfer zweier Eristenzen hinzufügen? Nach alledem hat die devote Gesinnung der Fabrikvorgesetzten den Chef in eine nicht gerade angenehme Situation gebracht, während die Mehrheit der Arbeiter mit gutem Takt und vollem Verständnis für die Situation das Richtige getroffen hat.

Baunanschläger, Achtung! Die Firma Krummhauser, Landbergerstraße 70 (Inhaber Gottschewski), ist für sämtliche Baunanschläger wegen Nichtbezahlung der Tarifpreise gesperrt. Die Bauarbeiter seien darauf aufmerksam gemacht. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Rebellen im Stechtragen.

Die deutfationalen Angestelltenverbände, nicht weniger als sechs an der Zahl, hielten in Halle eine Protestversammlung.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

ab, in der sie gegen das Vorgehen des Verbandes loherischer Metallindustrieller Stellung zu nehmen versuchten. Ein Ingenieur aus Berlin, den sie sich als Redner verschrieben hatten, donnerte gegen den Geheimverlaß der Augsburger Maschinenfabrik los, wetterte gegen die Verflümmung des Koalitionsrechts, die den Angestellten zum Elaven des Arbeitgebers mache, und kündigte den Kampf gegen die offene und geheime Konkurrenz-Kauferei an. Dann bemerkte der gute Mann aber solvierend, selbstverständlich liege der Weisung jede sozialdemokratische Färbung völlig fern. Die Deutfationalen, besonders die Handlungsgehilfen, die bei der letzten Reichstagswahl so nett das Vaterland gerettet hatten, schrien tüchtig Bravo und nahmen „Entrüstungsresolutionen“ gegen die Vergewaltigung des Koalitionsrechts usw. an. — Die papiernen Proteste lesen sich ganz gut. — Die deutfationalen Handlungsgehilfen aber als Retter des Koalitionsrechts — das ist typisch und zum Schreien.

Fabrik und Betfaal

find in der Windfadenfabrik Schreyheim (Schwaben) eng verbunden. Wenn die Arbeiter im Fabrikbetrieb den täglichen Unternehmerrproft aus ihren Knochen geschunden, werden sie im Wohl-tätigkeitsbetrieb des Werkes von Klosterfrauen in Empfang genommen. Die christliche Gesinnung des Unternehmers hinderte diesen aber nicht, ein Ehepaar zu entlassen, das schon 18 Jahre für den Unternehmer käufte, und zwar deswegen, weil die Tochter des Ehepaars auf Anordnung des Arztes wegen Gefährdung ihrer Gesundheit die Arbeit in dem christlichen Betrieb aufgeben mußte. Die übrige Arbeiterschaft, zum Teil christlich organisiert, erklärte sich mit den Entlassenen solidarisch und reichte nach ergebnislosen Unterhandlungen die Kündigung ein.

Tarifuntrene Unternehmer. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hatte mit der Glanzrohrmühlfabrik Adolf Schmidt in Brandenburg a. N. einen Tarifvertrag erneuert, den jetzt der Unternehmer plötzlich durch einen neuen Tarif durchbrechen will. Der Unternehmertarif verlängert die bisherige neunstündige Arbeitszeit wieder auf zehn Stunden und reduziert die Akkordpreise um 8-10 Prozent. Da die Holzarbeiter sich weigerten, zu diesen verschlechterten Bedingungen weiter zu arbeiten, wurden sie sämtlich am Sonnabend entlassen. Der Betrieb ist als gesperrt zu betrachten.

Unternehmerterrorismus. Das Granit- und Schenitwerk Gebrüder Bates in Reumühle (Oberfranken) will seine Arbeiter unter Anwendung von Gewalt zwingen, aus der Organisation auszutreten. Es kam zum Ausstand. Die Firma sucht auswärts Steinarbeiter.

Achtung, Zimmerer! Sämtliche Zimmerer der Firma Ferdinand Scheffel in Weidau i. S. legten wegen Nichtbewilligung der geforderten zehnstündigen Arbeitszeit und 41 Pf. Stundenlohn die Arbeit nieder. Zugug ist fernzuhalten.

Ausland.

Die Lohnkämpfe der Buchbinder und der Friedensschluß in Schweden.

Die schwedischen Unternehmer haben ihre Absicht, mit der Generalausperrungsdrohung den gegenwärtigen Kämpfen in allen Berufen ein Ende zu machen, nicht erreicht. Bei den allgemeinen Friedensverhandlungen wurden unter anderen die Lohnkämpfe der Buchbinder Stockholms und Esthunas ausgehakt. In beiden Städten ist also die Ausperrung im Buchbindergewerbe nicht aufgehoben; die Arbeit ruht vollständig, da auch die übrigen geringe Zahl der Unorganisierten die Arbeit eingestellt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer diese Ausperrung noch auf eine Reihe anderer Städte ausdehnen.

Der große Friedensvertrag vom Sonntag ist, wie das ja unter den herrschenden Verhältnissen nicht anders sein konnte, ein Kompromiß zwischen den Forderungen und Wünschen beider Parteien. Verlässigt man die allgemein ungünstige Wirtschaftslage, sowie die Hartnäckigkeit, mit der das ja auch stark organisierte Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft zu Felde zog, so haben die Arbeiter keineswegs schlecht abgeschnitten in ihren Kämpfen. Die Arbeitgeber waren auch schließlich diejenigen, die am schwersten für die Vorschläge der Schlichtungskommission zu haben waren.

Wir werden über den Inhalt der abgeschlossenen Verträge noch näher berichten.

Die Straßenbahner in London verlangen den Achtstundentag, ferner machen sie Forderungen auf Feiertage und eine gerechtere Einteilung der Sonntagsarbeit geltend. Der jetzige Arbeitstag beträgt zehn Stunden, ungerednet die Arbeit in den Schuppen vor der Ausfahrt und nach der Einfahrt. Die Bahngesellschaft hat immer größere Anforderungen an die Leute gestellt, ohne die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die neuen Wagen enthalten Raum für 78 Fahrgäste, während in den alten nur 40 Personen fahren konnten. Falls die Gesellschaft die Forderungen ablehnt, wird mit der Möglichkeit eines Streiks gerechnet.

Die Bäcker in London haben ebenfalls eine energische Agitation für den Achtstundentag begonnen; sie verlangen die Einführung eines Minimallohns und Abschaffung der Nacharbeit. Kürzlich brach ein Mann in einer Bäckerei tot zusammen, und es wurde festgestellt, daß dieser Mann schon 21 Stunden lang bei der Arbeit war. Agitationsversammlungen werden abgehalten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungsfreiheit der Frauen in Amerika.

Ein vorzügliches Agitationsmittel sehen unsere amerikanischen Parteigenossen darin, Straßenredner auszusenden, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen Versammlungen abhalten. Dabei kommt es aber fast regelmäßig zu Reibungen mit der Polizei, die mit Vorliebe in derartigen Veranstaltungen „Verkehrsstörungen“ erblickt. So ist gegenwärtig in Los Angeles, im Süden von Kalifornien, ein Kampf zwischen der Polizei und unseren Parteigenossen entbrannt, weil diese sich ihr Versammlungsdrecht nicht verflümmern lassen wollen. 35 Männer und 4 sozialistische Frauen befinden sich im Gefängnis, weil sie sich weigerten, die Geldstrafen zu bezahlen, zu denen sie verurteilt worden waren wegen der Störungen, die durch die öffentlichen Versammlungen verursacht sein sollten. Die Frauen sprangen in die Weishe, nachdem fast jedes rednerisch fähige männliche Mitglied der lokalen Parteiorganisation verhaftet worden war. Die Genossinnen arrangierten eine Versammlung auf der Straße, fest entschlossen, den Kampf um die Vollrechte auf freie Versammlung und freie Rede fortzuführen. Racheinander wurden vier Rednerinnen verhaftet sobald sie die Tribüne erstiegen und ihre Redden begannen hatten. Polizisten brachten sie nach der Hauptwache, wo sie 100 Dollar Bürgschaft hinterlegen sollten. Das taten sie nicht, ebensowenig werden sie eine Geldstrafe bezahlen, und nun horrt ihrer ein Monat Freiheitsstrafe. Die Sache hat in der Stadt viel Aufsehen erregt und wirkt auf jeden Fall agitatorisch. Unter den gefangenen Frauen sind Gattinnen von Rechtsanwälten und Schriftstellern, die die „Schande“ auf sich nehmen, für ihre Ueberzeugung ins Gefängnis zu gehen.

Eine sonderbare Majestätsbeleidigung.

Wie wir kürzlich mitteilten, hat die Vorsteherin eines Magdalenenheims in Kopenhagen, Fräulein Esche, gegen die königliche Leibgarde auf Amalienborg-Schloß schwere Vorwürfe erhoben. Sie sagte, daß die Gardisten ein schreckliches Leben führten, daß sie 20 junge Mädchen, unter diesen nur 2, die schon 18 Jahre alt waren, gründlich verführt und verdorben hätten, und daß auch homojeruelle Unzucht und Prostitution unter den Soldaten herrsche. Dieser Keuerungen wegen hat es nun der dänische Justizminister für gut befunden, eine Untersuchung nicht etwa über die behaupteten Dinge, sondern wegen Majestätsbeleidigung gegen die alte Dame einzuleiten, und zwar auf Grund des § 90 des dänischen Strafgesetzbuches, der lautet:

„Der durch Drohungen, Scheltworte, Verhöhnung oder durch anderes beleidigendes Verhalten die dem König schuldige Ehrerbietung trübt, wird mit Gefängnis, doch nicht unter drei Monat, oder mit Verbesserungshausarbeit bestraft.“

Der Justizminister Alberti, der übrigens demnach abtreten soll, wird es kaum dahin bringen, daß das Gericht aus jenen Keuerungen ein Majestätsverbrechen konstruiert.

Die „Christliche Vereinigung junger Männer“, die ja von Fräulein Esche auch gewissermaßen der Verführung blutjunger Mädchen beschuldigt wurde, hat die Polizei zur Untersuchung der Angelegenheit aufgefordert, was auch kein besonders wirksames Mittel ist, Klarheit darüber zu schaffen.

Verfammlungen.

Mißstände in der Mühlenindustrie.

In dem Bericht über die Versammlung der Mühlenarbeiter in Nr. 164 des „Vorwärts“ wurde erwähnt, daß der eingeladene Gewerbeinspektor nicht erschienen war und auch auf das Einladungs-schreiben nicht geantwortet hatte. Eine Antwort ist jedoch am Tage nach der Versammlung eingetroffen. Es wird darin bedauert, daß der Gewerbeinspektor, Herr Dr. Welzel, nicht erscheinen konnte, da er seinen Urlaub angetreten hatte.

Im übrigen ist zu dem Bericht noch nachzutragen, daß besonders der Obermüller Grube von der Vertheimischen Mühle in der Michaelistrasse als einer derjenigen Obermüller genannt wurde, die sich durch schlechte Behandlung der Arbeiter bemerkbar machen. Er soll in dieser Hinsicht ganz Hervorragendes leisten. In der Versammlung wurde von mehreren Rednern unter allgemeinem Beifall behauptet, dieser Obermüller zeige seine „technische“ Ueberlegenheit vor allem in dem Kasernenhofen, den er jedem Arbeiter gegenüber anwendet, der sich gefallen läßt oder mit Mißachtung auf die traurige Lage im Verus gefallen lassen muß. Der Morgenruß, den Herr Grube den Arbeitern bietet, soll in einem „tierähnlichen Grunzen“ bestehen, sein ganzes Verhalten von seiner mehr oder minder schlechten Laune abhängen. Die Mühlenarbeiterschaft Berlins ist um so mehr über das Betragen des Mannes empört, als gerade in der Vertheimischen Mühle ein besonders guter Stamm nächster und zuverlässiger Arbeiter tätig ist, so daß um so weniger Grund zu schimpflicher Behandlung vorhanden ist. Tritt in dieser Hinsicht keine Besserung ein, so wird man eine neue öffentliche Versammlung einberufen, um sich ganz besonders mit Herrn Grube zu befassen.

Schließlich ist zum Versammlungsbericht noch mitzuteilen, daß in der Schüttchen Mühle zu Koabit die beiden Herren Hein und Boh nicht Obermüller, sondern Arbeiter, „Aushüllegen“ sind, die das dort herrschende Spionageystem nach Kräften unterstützen und fördern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Veendeter Streik.

Mannheim, 21. Juli. (W. S.) Der Ausstand bei der Firma Brown, Boveri u. Co. ist nach sechswochiger Dauer beendet.

Die indische Streitwelle.

Bombay, 21. Juli. (W. S.) Heute früh sind tausend Dodarbeiter in den Ausstand getreten. Es fanden keine Ruhestörungen statt, außer daß einige Getreidewaggons umgeworfen wurden. Die Polizei trieb die Menge auseinander.

Liebliche Zustände.

Wiesbaden, 21. Juli. (W. S.) Das Kriegsgericht der 21. Division verurteilte nach vierstägiger Verhandlung den Feldwebel Ruffe und seinen Schwager, den Sergeanten Treu, von der 6. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 80, wegen vielfacher Unterschlagungen: erstieren zu einem Jahr Gefängnis und Degradation, letzteren, gegen den schon in einer früheren Verhandlung auf Degradation erkannt worden war, jetzt zu sieben Wochen Gefängnis. Der Feldwebel diene im 12. Jahre und war verheiratet. Er hat in den Jahren 1906/07 die zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten beurlaubten Mannschaften nur annähernd zur Hälfte als beurlaubt in die Kompagniebücher eingetragen und die Löhnung in die eigene Tasche gesteckt! Sein Schwager, der Fourierunter-offizier war, hat das an die nicht beurlaubten Mannschaften zu liefernde Brot veräußert.

Eine verwegene Flucht.

Essen, 21. Juli. (W. S.) Eine aufregende Szene spielte sich heute im Schwurgerichtssaal ab, wo ein Vertreter des Kriegsgerichts der ersten Matrosendivision in Kiel in der Strafsache gegen den Marinesoldaten Vorgeleit, dem verschiedene Einbruchsdiebstähle sowie Fahnenflucht zur Last gelegt sind, eine Vernehmung abhielt. Trotzdem der Angeklagte durch einen Unteroffizier und einen Raat scharf bewacht wurde, sprang er auf die Anlagelbank, stürzte durch den Saal und gelangte durch die Hintertreppe auf den Hof, von dort auf die Straße. Unteroffizier und Raat nahmen die Verfolgung auf, der Unteroffizier feuerte 5 scharfe Schüsse auf den Flüchtling, ohne zu treffen. Der Flüchtling lief in ein Haus, dann durch mehrere Gärten und entkam ins Freie. Bisber hat man noch keine Spur von ihm.

Arbeiter-Mißla.

Frankfurt a. M., 21. Juli. (W. S.) In Wodenheim stürzte heute früh der Heizer Günther von der Maschine eines nach Gießen fahrenden Güterzuges und erlitt mehrere Verletzungen.

Frankfurt a. M., 21. Juli. (W. S.) In einer Torwingsahrt wurde der Arbeiter Ehrhardt aus Rosenbach von einem mit 100 Zentner Kohlen beladenen Wagen überfahren und sofort getötet.

Rötin, 21. Juli. (W. S.) Der „Rölnischen Zeitung“ wird aus Trier telegraphiert: Bei dem Bahnbau Wittlich-Daun ging im Tunnelbau bei dem Dorfe Plein ein Sprenggeschuß zu früh los und verlebte vier Arbeiter schwer.

Sum Dynamitattentat von Malmö.

Malmö, 21. Juli. (W. S.) Der unter dem Verdacht, das Dynamitattentat auf das Logischiff „Almathea“ verübt zu haben, zuerst verhaftete Tischler Nilson hat jetzt, ebenso wie die beiden anderen Verhafteten, Stern und Nöberg, die Tat eingestanden. Nilson will, weil er unterbeiratet gewesen, das Attentat auszuführen übernommen haben; der Plan zu dem Dynamitdiebstahl sowohl als auch zu dem Anschlag stamme jedoch von Nöberg.

Sankroit!

Köln, 21. Juli. (W. S.) Die „Rölnische Zeitung“ meldet aus Solingen: Der Aufsichtsrat der Solinger Bank beschloß, den Konkurs anzumelden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Diergu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Soziales.

Heranziehung von Ausländern an Stelle einheimischer Arbeiter.

Der Verband der deutschen Tiefbauunternehmer hatte an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe gerichtet, in welcher verlangt wird, daß auch den Tiefbauunternehmern keine Schwierigkeiten beim Import ausländischer Arbeiter gemacht werden; sie wollten dieselben Vergünstigungen haben als die Agrarier.

„Dem Bedürfnis der Tiefbauunternehmer nach Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte wird im Bereiche der mit unterstellten Verwaltung bereits nach Möglichkeit Rechnung getragen. So ist die frühere Bestimmung der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Erd-, Fels-, Rodungs- und Böschungsarbeiten, wonach bei der Annahme von Arbeitern die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstelle wohnenden geeigneten Arbeiter vorweg von dem Unternehmer zu berücksichtigen waren, aufgehoben, und es ist den Unternehmern ausdrücklich anheimgestellt worden, ihren Bedarf an Arbeitern durch Heranziehung ausländischer Arbeiter zu decken.

Während die Arbeitslosigkeit sich immer noch verschärft — fast täglich muß über Betriebseinsparungen und Arbeiterentlassungen berichtet werden —, wird nicht nur den Tiefbauunternehmern der Import von ausländischen Arbeitern gestattet; der Minister weist sogar die ihm unterstellten Baubehörden an, eine Arbeitervermittlungstätigkeit zu entfalten. Dabei ist auch im Tiefbaugewerbe die Arbeitslosigkeit eine sehr große; das Angebot von Arbeitskräften übersteigt bei weitem die Nachfrage.

Am 1. Januar 1908 12 774 Betriebe mit 267 554 Arbeitern
1. Juli 1908 12 527 „ 256 043
Jetzt weniger 247 Betriebe und 11 511 Arbeiter.

Und angesichts dieser Tatsachen, deren Kenntnis man bei dem Arbeitsminister voraussetzen sollte, wird der Import von lohnbrütenden Ausländern besonders gefördert und die Bevorzugung von ausländischen Arbeitskräften vor den einheimischen bei den Arbeiten, die aus

Staatsmitteln geleistet werden, nochmals als Grundsatz der preussischen Verwaltung betont. Das nennt dann Regierung und Unternehmertum — Patriotismus. Es wäre verwunderlich, wenn bei diesem Gebaren nicht endlich auch dem rückständigen deutschen Arbeiter Aufklärung über die wahre Natur der Lalmipatrioten wird. Wird die Arbeitsgelegenheit gar noch staatlich verkümmert, so drängt sich jedem Arbeiter mit Notwendigkeit die Frage auf: was wird Dir heute im Vaterland anderes als Lasten geboten? Wird Dir nicht gerade von denen, die die Phrasen von Vaterlandsliebe im Munde führen, das Vaterland geraubt? Soll das Vaterland das Glück seiner Einwohner durch gemeinsames Handeln erhöhen, so steht es in Deutschland umgekehrt: in immer greifbarer Weise wird es von der heute herrschenden Klasse zu einem Land gemacht, in dem allein die Interessen der Unternehmer gehegt und gepflegt, die Rechte, selbst die Existenzrechte der Arbeiter getreten und zerdrückt werden.

Arbeiterheilstätte im Schwarzwald.

Die badische Versicherungsanstalt kaufte die bekannte, etwa 40 Morgen große Lungenheilstätte Nordrach des Dr. Walthers für den billigen Preis von 300 000 M. an, um die Anstalt als Arbeiterheilstätte in Benutzung zu nehmen.

Feuergefährliche Lade und Dele.

Daß unsere Staatsbehörden sich oft sehr Zeit nehmen, wenn es sich um einen Eingriff in industrielle Verhältnisse, der zum Schutze von Leben und Gesundheit erforderlich ist, handelt, zeigt auch die Behandlung eines Verbots feuergefährlicher Lade und Dele.

Wiederholt ist in den letzten Jahren sowohl von einigen Gewerbeaufsichtsbeamten wie in der Presse auf die Feuergefährlichkeit gewisser rasch trocknender Anstrichmittel und Lade hingewiesen worden, die unter Verwendung von benzolhaltigem Petroleumbenzin oder anderer leicht entzündlicher Stoffe hergestellt werden. Besonders beim Innenanstrich enger Behälter, wie Dampfkessel und Kesselwagen, aber auch bei Außenanstrichen sind durch Einatmen der dabei sich entwickelnden Benzoldämpfe, besonders aber bei durch Entzündung erfolgter Explosion dieser sehr feuergefährlichen Dämpfe eine Reihe schwerer, ja tödlicher Unfälle vorgekommen.

Es wurden Interessentenkreise, wie der Deutsche Drogistenverband, die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, die Lagerberufsgenossenschaft u. a. darüber gehört, die sich meist für ein völliges Verbot der Herstellung von Lade und Anstrichmitteln mit Mineralölen der Klasse I, d. h. solcher, deren Entzündungspunkt unter 21 Grad Celsius liegt, aussprachen. Selbst eine große Anzahl Lackfabrikanten erklärten sich für den Ausschluß dieser Dele bei Herstellung von Lade und Anstrichmitteln und nur einzelne hielten es schon für genügend, wenn diese Anstrichmittel nur in geschlossenen Gefäßen

feil gehalten werden dürfen, die mit einer deutlichen Aufschrift „Feuergefährlich“ versehen sind. Auch die königlich technische Deputation für Gewerbe hält die Herstellung von Lade ohne Verwendung der genannten, sehr feuergefährlichen Mineralöle technisch wohl für möglich, vermag aber nicht zu übersehen, ob nicht durch ein Verbot der Verwendung dieser Dele für Lade usw. wirtschaftlich ein zu starker Eingriff in die Entwicklung unserer Industrie bewirkt wird.

Diese Ansicht der technischen Deputation für Gewerbe veranlaßte den Handelsminister, in einem Erlaß vom 11. Juni 1908 erst noch alle Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin zu ermahnen, die Ansicht beteiligter industrieller Kreise über diese Frage ermitteln zu lassen, hierbei nach Ermessen auch die Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamten heranzuziehen. Komme man auf Grund dieser Ermittlungen zu der Ueberzeugung, daß einem völligen Verbot des Feilhaltens von Lade usw., die mit einem Zusatz von Mineralölen hergestellt sind, deren Entzündungspunkt unter 21 Grad Celsius liegt, wesentliche Bedenken entgegenstehen, so sollen die Prüfungen noch darauf erstreckt werden, welcher niedrigste Entzündungspunkt zweckmäßig für das Feilhalten der mit solchen Mineralölen hergestellten Mischungen vorzuschreiben sein würde, ferner bis zu welchem höchsten Entzündungspunkte beim Feilhalten und bei Aufbewahrung solcher Del- und Ladmischungen eingeschlossene Gefäße mit der Aufschrift „Feuergefährlich“ bei Handlern bestimmte Höchstmengen vorzuschreiben sein würden, und wie dabei zu unterscheiden sei zwischen denjenigen Mengen solcher Lade und Dele, die in geschlossenen Gefäßen für den Verkauf bereitgehalten werden, und denjenigen, die in größeren Behältern oder Tanks in besonderen Lagerräumen aufbewahrt werden, aus denen die Verkaufs- und Versandgefäße gefüllt werden, und endlich welche Vorschriften eventuell für diese Behälter und die sie aufnehmenden Räume für nötig erachtet werden. Diese Berichte werden bis zum 1. Oktober er. erwartet.

Durch diese Umfrage wird der Erlaß einer ja allseitig für nötig erachteten Verordnung um wenigstens sechs Monate weiter hinausgezogen, die den Vertrieb solcher mit Mineralöl versehenen feuergefährlichen Lade usw. verhindern oder wenigstens regeln soll. So können vorläufig noch weiter dadurch Unfälle verursacht werden. Wäre es nicht da besser, endlich gleich Schutzmaßnahmen zu treffen?

Der Drogistenverband, also die Lackverläufer und die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und der Lagerer haben sich größtenteils für ein vollkommenes Verbot der Herstellung von Lade mit Mineralölen der Klasse I ausgesprochen, ebenso ein großer Teil der Lackfabrikanten selbst. Die Gefährlichkeit dieser Lade gibt auch die technische Deputation für Gewerbe zu, ebenso gibt sie die Möglichkeit der Herstellung von Lade usw. ohne solche Mineralöle zu. Nur vermögen die hochgelehrten 8 Geheimräte und Professoren, aus denen diese Deputation besteht, nicht zu übersehen, ob nicht durch ein Verbot der Verwendung dieser Dele für Lade usw. wirtschaftlich ein zu starker Eingriff in die Entwicklung unserer Industrie bewirkt wird.

Aber es ist jedenfalls weit schwieriger, zu kontrollieren und zu konstatieren, ob in einem Lade ein selbstgelegter Prozentgehalt an solchen feuergefährlichen Mineralölen überschritten ist oder nicht, als nur festzustellen, ob der Lack überhaupt solche Mineralöle enthält.

Aus diesem Grunde hat man wohl auch in England, nachdem auch dort Unfälle durch die Verwendung solcher Ladmischungen deren Feuergefährlichkeit bewiesen hatten, ihren Vertrieb ganz untersagt, obwohl auch die englischen Aufsichtsbehörden Eingriffe in die Entwicklung der Industrie möglichst vermeiden. Die ganze Wirkung eines solchen Eingriffes in die wirtschaftlichen Verhältnisse würde auch bei uns in diesem Falle höchstens darin bestehen, daß der Ring der Lackfabrikanten seine Preise vielleicht um einige Prozente erhöht. Diese Eventualität aber rechtfertigt die Verzögerung einer dringend notwendigen Maßregel nicht.

Aus Industrie und Handel.

Zollpolitik und Industrie.

Ein an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassendes Urteil über die Wirkungen der glorreichen deutschen Zollpolitik fällt die Handelskammer zu Magdeburg. In ihrem Jahresbericht für 1907 sind folgende Sätze enthalten:

gleichen Umfang hat das Reich des Sellerie. Der Kerbel entstammt dem östlichen Asien der gemäßigten Zone, die Petersilie aus dem südlichen Europa und aus Algier, der Sauerampfer aus Europa, dem nördlichen Asien, den Bergen Indiens und Nordamerikas, und von dem Spinat nimmt man an, daß das nördliche Asien sein Heimatland ist. Die Tomaten schließlich sind zuerst aus Peru gekommen, die Gurken aus Indien und der Kürbis aus Guinea.

Humor und Satire.

Dem Liebnecht wird hierdurch eröffnet, daß er aus der Strafkast nicht beurlaubt werden kann, um an den Sitzungen des Preussischen Abgeordnetenhauses teilzunehmen. Der Liebnecht sollte sich vergegenwärtigen, daß es total gleichgültig ist, ob der 11. Berliner Wahlkreis im Landtag geschlecht vertreten ist, oder nicht. Den Liebnecht machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß er sich nicht einbilden darf, ähnlich behandelt zu werden wie der antisemitische Graf v. Pödlitz-Tschirne, der allerdings zeitweilig aus der Strafkast entlassen wurde. Dem Liebnecht schwebt vielleicht der Fall jenes Sängers vor, der Strafurlaub erhielt, um an einer Opernvorstellung mitzuwirken. Wenn der Liebnecht nachzuweisen vermag, daß er ein antisemitischer Graf ist und daß er den Urlaub zur Beschimpfung preussischer Behörden zu benutzen gedenkt, so wird sich über die Unterbrechung der Strafkast reden lassen. Sollte der Liebnecht inzwischen eine hervorragende Tenorsstimme und einen Kontakt mit einer Hofoper nachzuweisen können, so wird die Strafunterbrechung des Liebnechts zu erwägen sein. Andernfalls bleibt es bei dem, was wir dem Liebnecht bereits eröffnet haben.

Die Rechtsgelehrten der „Lustigen Wälder“.

Notizen.

- Vorträge. Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, wird Dr. Hans Hofmann (von der „Papier-Zeitung“) im großen Saal des Papierhauses, Berlin, Dossauer Straße 2, einen Vortrag über Papierfabrikation halten. Gäste sind willkommen.
- Freskomalereien in Dudow. Bei der Renovierung der Dorfsche von Dudow (bei Weig) wurden am Gewölbe unter einer Kalkschicht Fresken entdeckt.
- Ein alpinisches Museum zu gründen beschloß der deutsch-österreichische Alpenverein, der eben in München tagt. Es soll Gegenstände der Kunst, der Wissenschaft und der Praxis umfassen und auf einer von der Stadt München geschenkten Gartinsel errichtet werden.
- Ein Kongreß des Deutschen Vegetarier-Bundes fand in München statt.
- Eine Biographie von Jonas Lie wird von seinem Sohne Erik Lie geschrieben.

Kleines Feuilleton.

Die großen Reichtümer in den Vereinigten Staaten. Carnegie, der amerikanische Stahlkönig a. D., säulert in amphoteren ökonomischen Traktätschen, wie man es machen muß, um im gelobten Lande der Kapitalkonzentration Milliarden zu werden. Es ist eigentlich nicht schwer. Die meisten Menschen, das heißt alle, die mächtigen, sparsam, aufmerksam sind und sonst noch einige der von Carnegie gepriesenen Tugenden pflegen, mühten von Rechts wegen es alle ungefähr so weit bringen wie dieser ehemalige Kaufmann. Daß die Rechnung nicht ganz stimmt, braucht in einem sozialistischen Staat nicht erst auseinanderzusetzen zu werden. Eine Uebersicht über die größten Vermögen in den Vereinigten Staaten, die der Londoner „Social-Democrat“ veröffentlicht, zeigt zu allem Ueberflus, daß mit den Rezepten Carnegies nicht viel anzufangen ist. Unter all den Millionen lächtiger und fleißiger Leute hat nur einer mehr „Geld gemacht“ als Carnegie, der auf 350 Millionen Dollar (1 Dollar gleich 4 Mark) geschätzt wird: der Beherrscher des Oeltrastes J. D. Rockefeller. Er soll 600 Millionen Dollar kommandieren. Als Drittrichter gilt W. Waldorf Astor, der über 300 Millionen Dollar herrscht. 100 Millionen Dollar haben eine Reihe Leute „erspart“: J. J. Astor, W. Clark, E. G. Harriman, Wm. Rockefeller, S. Rogers, W. A. Vanderbilt. Morgan vom Stahltrist ist als Silberkäufer und Vater einer in philanthropischem Sport dilettierenden Tochter — unsere fahrenden Wälder bringen schon ihr Bild — in der guten europäischen Gesellschaft bekannt geworden. Er wird eigentlich bei uns überschätzt. Was sind schließlich 150 Mill. Dollar! Ganze Familien bilden förmliche Dynastien, die den Familienbesitz unter sich aufgeteilt haben. Auf den einzelnen kommen dann 75 oder 50 oder 30 Mill. Dollar, für die ganze Familie aber kommt ein Klumpen von 100, 200 Millionen Dollar zusammen. Zu dieser Sorte Familienmagnaten zählen die Fields, Flagler, Gould, Havemeyer, Vanderbilt. Der billigste Mann in der Liste des „Social-Democrat“ hat immer noch 15 Millionen Dollar. Alle 51, die darin aufgeführt sind, besitzen zusammen schätzungsweise 2610 Millionen Dollar. Diese ungeheure Summe haben sie durch rücksichtsloseste Plünder, die vielfach an die Zeiten des beginnenden Kapitalismus gemahnen, aus dem amerikanischen Volke herausgelogen. Die Carnegieischen Tugenden haben mit den Erfolgen dieser gesellschaftlich anerkannten Plünderer und Plünderungen nicht das geringste zu tun.

Wie alt ist die Herstellung des künstlichen Eises? In der heißen Sommerzeit, in der das künstliche Eis so vielen Erquickung und Kühlung spendet, ist es interessant, dem Alter dieser Erfindung nachzuspüren, die gewiß allgemein für eine Erfindung der neuesten Zeit gehalten wird. Professor Kluge teilt indessen

in einem Aufsatz seines soeben erschienenen Buches „Dunte Wälder“ (J. Vielesfeld, Freiburg i. B.) eine Stelle aus einem Werke König Alfred des Großen mit, die beweist, daß die Herstellung des künstlichen Eises schon vor mehr als 1000 Jahren bekannt war. Dem König hatte nämlich ein weit umhergekommener Mann aus Schweden berichtet: „Bei den Esten gibt es einen Clan, der kann Kälte fabrizieren; sie können deswegen die Toten lange liegen lassen, ohne daß sie verwejen, weil man künstliche Kälte über sie bringt. Seht man zwei Eimer voll Wasser oder Bier hin, so bringen diese Leute es fertig, daß der eine friert, einerlei ob es Sommer oder Winter ist.“ Der angelfränkische König nahm diese Mitteilung in seine Uebersetzung der Weltgeschichte des Orosius auf, die er gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts vollendete. Doch blieb diese Kunstfertigkeit der fernsten Esten lange Zeit den Völkern Europas noch ein verschlossenes Geheimnis, und erst aus dem Morgenlande her ist die Fabrikation künstlichen Eises seit dem 16. Jahrhundert bekannter geworden. Reisende vermelden aus der Türkei, daß der Sultan und seine Paschas große Eisgruben angelegt haben, aus denen sie jährlich bedeutende Gewinne bis zu 80 000 Gulden ziehen. „Diese Ware“, erzählt Saloman Schweigger in seinem Reisebericht von 1587, „laufen die Obsthändler im Sommer so groß als ein Viertel Laib Brots, damit fühlen sie ihr Tran, wenn einer ein Raß Scherbet oder Duhelwasser kauft, so kauft er zumal auch ein Knollen Eis, den wirft er drein, oder er geht auf der Gassen daher, hat ein Knollen im Mund und saugt daran; es hat mein Herr täglich für einen halben Taler, oder wenn er Gastung gehalten, fast einen Taler um Eis geben müssen. . . . Dieser Eisgruben hat es viel um die Stadt her, gegen Salata, im freien Felde, da hat es weite, tiefe Gruben, darüber ein hölzernen Dächlein gemacht ist; da sind besondere Personen dazu bestellt, Schneeschaufer, die den Schnee zur Winterzeit auffächten in die Gruben; darin wird es alsdann zu Eis, daselbstige fäget man zu großen Stücken, daß ein Koh an zweien zu tragen hat. . . .“ Solche Kunde galt für ein Wunder des Orients, das wohl auch ein großer des Abendlandes bisweilen nachahmen mochte. Die Herstellung künstlichen Eises im großen ist bei uns freilich erst nach Erfindung dazu geeigneter Maschinen vor nicht allzu langer Zeit begonnen worden.

Woher stammen unsere Gemüße? Auf diese Frage antwortet die „Revue scientifique“: Die Artichoden sind eine veredelte Form der wilden Artichode, die auf Madeira, den Kanarischen Inseln, in Marokko, dem südlichen Frankreich, in Spanien, Italien und auf den Mittelmeerinseln heimisch ist. Der Spargel stammt aus Europa und aus dem gemäßigten östlichen Asien. Der Ursprung der Bohnen ist unbekannt, ebenso wie der der Linzen, der grünen Erbsen, der Kicher-erbsen. Die Mohrrüben sind in ganz Europa, Klein-Asien, Sibirien, in Nord-China, Kleinasien und im nördlichen Afrika wie auch auf Madeira und den Kanarischen Inseln heimisch. Nahezu den

Verschiedene Industriezweige sind durch die neuen Handelsverträge schwer geschädigt worden. Der Maschinenindustrie haben die mit den Handelsverträgen eingetragenen Zollrückstellungen den Export u. a. nach Spanien, Desterreich-Ungarn, Rußland, Italien, Rumänien erschwert. Neben den genannten Ländern ist der Farbenfabrikation durch die hohen Zölle der Export nach Frankreich zur Unmöglichkeit geworden.

Auch auf die Papierwarenindustrie haben die neuen Handelsverträge einen schädlichen Einfluß ausgeübt; sie ist dadurch gezwungen worden, ihr Exportgeschäft auf Holland und England zu beschränken. Das Auslandsgeschäft der Schirmmühlen nach Rußland ist infolge des hohen Zolles bis auf ein Minimum zurückgegangen.

Erwähnt sei noch, daß die Sozialdemokraten seinerzeit diese unheilvollen Folgen voraussagten, leider aber tauben Ohren predigten. Und wenn Agrarier und Zentralkomitee immer noch zu behaupten wagen, Deutschland sei mit seiner Zollpolitik auf dem rechten Wege, so werden sie durch solche Urteile von offiziellen Vertretungen des Handels und der Industrie lägen gestraft.

Industrielle Expansion.

Wie es im Wesen der Riesenunternehmungen liegt, ihre Vollkommenheit immer weiter auszustrecken, zeigt recht deutlich die Gesellschaft Friedrich Krupp in Essen, welche in diesem Jahre auf der Friedrich-Alfred-Hütte eine Reihe weiterer Hochöfen errichtet. Ferner verhandelt die Direktion über die Errichtung einer Zweigmühlenerlassung in Bulgarest mit dem zurzeit in Essen weilenden rumänischen Kriegsminister. Die Firma Krupp soll das Arsenal in Bulgarest und die staatliche Munitionsfabrik auf 75 Jahre übernehmen.

Vom Handwerk mit dem goldenen Boden.

In einem Rückblick auf die Zusammenfassung der Jahresversammlung des Deutschen Buchdruckervereins (Präsident) hatte die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ auf das Schwinden des kleinen und mittleren Buchdruckerbesitzers hingewiesen, die fast völlig vom Großbuchdruckerbesitzer, vom Industriellen und Fabrikanten abgelöst seien. Industrie und Handwerk böten heutzutage das Bild eines Löwen, der mit der Maus spielt. Wäre der Löwe Ernst, sei es um die Maus gegangen. — Dazu bemerken die „Mitteilungen“ des Gewerereins Berlin (Geschäftsorganisation):

„Endlich fängt es auch bei der Deutschen Buchdruckerzeitung an zu dämmern, daß die Lage des Handwerks gefährlich ist. Um das zu beweisen, braucht sie doch aber nicht erst die Zusammenfassung der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins. Weis sie denn nicht, was um sie vorgeht? Sind nicht die Buchdruckereien von Scherz, Illusion, Rose schon längst die Vorbereitungen des zu Grabe gehenden Handwerks? Wie lange wird es dauern und die Funktionen der größten und größten Firmen werden vor sich gehen, und das Handwerk wird, wohl oder übel, immer mehr in Abhängigkeit von diesen Riesenbetrieben sein Dasein fristen. Es ist eben heute — trotz aller Schutzzölle — kein Boden mehr für das Handwerk. Die Gewerkschaft braucht sich indes darüber nicht zu grämen, wenn der Löwe die Maus auffrisst.“

Es gibt natürlich trotz dieser verständigen Auffassung immer noch Leute, die zu bestimmten Zwecken das Gegenteil behaupten.

Die Abrechnungsstellen der Reichsbank, die den Geldverkehr einfacher und billiger gestalten, indem sie die haren Zahlungen durch Verrechnung: Guthrift und Belastung mit Hilfe des Girokontos der Beteiligten bei der Reichsbank, erleben, weisen im ersten Halbjahr 1908 einen Umsatz von 22 869 Millionen Mark auf. Das ist der höchste bisher erzielte Betrag. Ingesamt ergibt sich folgende Entwicklung der im Jahre 1884 nach dem Muster der englischen Clearing-Houses eingerichteten Abrechnungsstellen.

Umsatz in tausend Millionen Mark).						
Jahresumsatz	1884	1890	1895	1900	1905	1907
	12,1	17,99	21,28	29,47	37,6	45,3
Umsatz im 1. Halbjahr		15,1	18,4	22,99	22,87	

Der Umsatz im ersten Halbjahr 1908 weist den bisher erreichten höchsten Betrag auf: 2 1/2 Prozent mehr als das Vorjahr, über 1 1/2 Milliarden mehr als das ganze Jahr 1895 und fast doppelt so viel als 1884. Diese Entwicklung ist auch durch die Ersparnis an gemünztem Metall volkswirtschaftlich von Wichtigkeit. Durch die Schaffung bankmäßiger Einrichtungen bei der Großbankgesellschaft deutscher Konsumvereine werden nun auch die deutschen Konsumgenossenschaften des Vorteils dieser Parfamen und bequemen Zahlungsmethode teilhaftig.

Gerichts-Zeitung.

Ihr werdet Euch noch im Betriebe das Genid brechen!

Am vergangenen Donnerstag war, wie uns erst jetzt mitgeteilt wird, vor der 182. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte ein Former wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt. Er hatte zu einem Arbeitswilligen beim Streik in der Hartung'schen Fabrik gesagt: „Ihr werdet Euch im Betriebe noch das Genid brechen.“ — Der als Bekleidungszeuge auftretende Arbeitswillige, ein Schmied mit Namen Heise, will diese Worte so aufgefaßt haben, als ob der Angeklagte meinte, die Streikenden würden den Arbeitswilligen das Genid brechen. Das Gericht hielt jedoch für festgestellt, daß die Bemerkung des Angeklagten nur den Sinn hatte: Die ungeübten, mit den Gefahren des Betriebes nicht vertrauten Arbeitswilligen würden höchstwahrscheinlich Unfälle in dem gefährlichen Betriebe erleiden. Der Angeklagte wurde natürlich freigesprochen. Bemerkenswert ist ein Vorkommnis während der Verhandlung. Der Bekleidungszeuge suchte seine angebliche Befürchtung, der Angeklagte habe ihm das Genid brechen wollen, dem Gericht dadurch glaubhaft zu machen, daß er eine Schauererzählung vorbrachte, die er bei einer früheren Gelegenheit erlebt haben will, wo er nach seiner Behauptung von Streikenden gewalttätig angefallen sein will. Der Richter, der schon vorher äußerst rückständige Ansichten über die Streikenden im allgemeinen geäußert hatte, verfiel sich nun soweit, dem Zeugen

den Rat zu geben: Wenn er verfolgt werde, dann solle er sich doch einen Revolver einkaufen, und wenn er die Gesellschaft, die ihn so bedrohe, einfach niederschleie, dann werde ihm das niemand verdenken.

Wenn Arbeitswilligen, die ja meist nicht zu den besten Elementen gehören, dem Richterliche aus solche Ratsschläge erteilt werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn solche Elemente glauben, einem Streikenden gegenüber dürften sie straflos die schwersten Verbrechen verüben. Der Vorsitzende — ein junger Richter, anscheinend ein Assessor — sollte sich nicht wundern, wenn ein Arbeitswilliger seinen Rat nicht nur als einen Hinweis auf das Notwehrrecht auffaßt, und wenn er dann als Räuber, der Richter aber als Anstifter zum Mord angeklagt und verurteilt wird. Es gibt kein Gesetz, das einen Richter zu solchem Rat ermächtigt.

Flederei im Stadtbahnzug.

Ein teures Schlafschloß hat sich der Vierfahrer Schenk geleistet, welcher als Zeuge vor der 4. Ferienstrasskammer des Landgerichts III erscheinen mußte, um Zeugnis wider den Kandidat Gebhardt Gause abzulegen, der ihn in eine sehr unangenehme Situation gebracht hatte. Am 18. April d. J. hatte Schenk an einer Geburtstagsfeier eines Bekannten teilgenommen. Als er gegen 12 Uhr nachts die Treppe zum Bahnhof Alexanderplatz hinaufging, verlagten schon seine Füße den Dienst, da er sich an dem Geburtstagsbier etwas zu sehr gütlich getan hatte. Kaum sah er dann in dem Stadtbahnzuge, um nach seiner in Schöneberg gelegenen Wohnung zu fahren, als ihn die Müdigkeit übermannte. In ganz unauffälliger Weise hatten schon vorher zwei Männer den S. verfolgt. Auf dem Bahnhof stiegen sie erst in ein Nebenabteil und beobachteten mit Hilfe eines Spiegels den Schlafenden. Als dieser nach kurzer Zeit gewisse Schnarchlaute ertönen ließ, begaben sich die beiden Männer in das Abteil, in dem Schenk saß. Um auch ganz sicher zu gehen, daß S. fest schlief, hielt ihm der eine der Flederer ein brennendes Streichholz vor das Gesicht, während ihn der andere mit einer Feder an der Nase kitzelte. Erst als S. trotz dieser Veruche ruhig weiter schlief, gingen die beiden Diebe an die Arbeit. Nachdem sie durch vorsichtiges Betasten festgestellt hatten, wo sich Uhr und Portemonnaie des Schlafenden befanden, schnitt einer von ihnen mit einer besonders konstruierten haarscharfen Scheere die Reinkleider des Schlafenden auf. Der zweite Flederer schnitt unterdessen die Westentasche auf, so daß die Uhr herausfiel. Beides gelang den Dieben auch. Kurz vor der Einfahrt zum Bahnhof Savignaplatz wurde S. durch einen kalten Luftzug aufgeweckt und sah nun zu seinem Entsetzen, daß seine Reinkleider in einzelnen Streifen an ihm heruntergingen. Da er noch gesehen hatte, wie ein Mann in das Nebenabteil ging, hielt er diesen fest. Zwischen beiden entstand eine fürchterliche Prügelei, bei welcher der Flederer den kürzeren zog. Nachdem ihn der Westtasche windelweich geprügelt hatte, wurde er den Stationsbeamten übergeben. Inzwischen hatte der Komplize des Festgenommenen genügend Zeit, mit dem Portemonnaie des S., welches 42 M. enthielt, die Flucht zu ergreifen. Auf der Postkammer stellte es sich heraus, daß S. einem als gewerkschaftlichen Stadtbahnflederer bekannten Diebe, dem jetzigen Angeklagten Gause, zum Opfer gefallen war. Die Strasskammer hielt mit Rücksicht darauf, daß durch derartige Eisenbahnpiraten die allgemeine Sicherheit im Verkehrsleben stark gefährdet werde, den Angeklagten für das Buchthaus reif. Das Urteil lautete demgemäß auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Zum Reichsvereinsgesetz.

Nach § 2 des altpreußischen Vereinsgesetzes hatten Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken“, Statuten des Vereins und das Verzeichnis der Mitglieder der Polizei einzusenden. Die Pflicht zur Einreichung des Mitgliedsverzeichnis ist im Reichsvereinsgesetz fortgefallen. Es besteht nach § 3 des Reichsvereinsgesetzes nur noch für einen Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein); die Verpflichtung, die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstands, nicht aber der Mitglieder, der Polizeibehörde einzureichen.

Da man unter politischen Vereinen solche versteht, die unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung berühren oder seine Organe und Funktionen in Bewegung setzen, so werden gewerkschaftliche Vereine hierzu nicht zu rechnen sein. Anders hat dieser Tage das Schöffengericht in Schneidemühl entschieden.

Am 12. Dezember v. J. sandte Genosse Haesle, der Vertrauensmann der Glasarbeiter von Uf, der Polizeibehörde ein Statut des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zur Kenntnisnahme. Die Polizei rekurrierte das Statut und verlangte ein Verzeichnis der Mitglieder der Jahrsliste und ein solches des Vorstandes. S. stand zu Diensten. Der Polizei genigte aber das Verzeichnis nicht und sandte es zwecks Vervollständigung wieder an S. zurück. Dieser unterließ jetzt weitere Anzeigen. Das wurde nun von der Behörde als Vereinsgesetzübertretung angesehen. Gegen S. erging eine polizeiliche Strafverfügung. Auf Einspruch hiergegen hatte das Schöffengericht in Schneidemühl dieser Tage zu entscheiden. Nach Ansicht des Gerichts liegt die Tätigkeit des Zentralverbandes der Glasarbeiter auf wirtschaftlich-politischem Gebiete. Aus diesem Grunde unterliege er auch dem § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 11. April 1908. Deshalb verurteilte das Gericht S. wegen Nichteinreichung des Verzeichnisses des Vorstandes zu 3 M. Geldstrafe oder 1 Tag Haft. Gegen das Urteil ist bereits Berufung eingelegt.

Eine unangenehme Ueberraschung.

Ist dem Postkariendändler Ewald durch ein Verbrechertrio bereitet worden, welches gestern aus der Untersuchungshaft der 3. Ferienstrasskammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Wegen schweren Diebstahls im strafschärfenden Ausfalle waren angeklagt der Klempner Karl Wenzel, der Papier Georg Pusch und der Klempner Max Teus. Alle drei Angeklagte sind der Kriminalpolizei seit langem als Personen bekannt, die außer glühendem Eifer und Mühsal nichts liegen lassen können. Ihr geiziges Kontor befindet sich ebenfalls schon längere Zeit in dem großen „Wilderbusch“ des Erkennungsdienstes im Polizeipräsidium. Eines Tages im April d. J. wurde dem in der Elsser Straße wohnhaften Postkariendändler Ewald eine eigenartige Ueberraschung zu teil. Als er gegen Abend seine Wohnung betrat, fand er sämtliche Türen weit offen stehend. Beim Näherretten machte er die Entdeckung,

daß die Wohnung bis auf das letzte Möbelstück ausgeräumt war. Er übertraf gerade noch einen Mann, der im Begriff war, in aller Gemütsruhe einen Spiegel abzugeben. Zwischen beiden kam es zu einem Handgemenge, bis durch die Hülfsleute des E. Hausbewohner herbeikam. Es ergab sich, daß während der Abwesenheit des E. drei Einbrecher mit einem Möbelwagen vorgefahren waren und in aller Seelenruhe die Wohnung ausgeräumt hatten. Sie waren bei dieser Arbeit nicht im geringsten behindert worden, da jeder glaubte, daß es sich um einen richtigen Umzug handelte. Der Zeugenomane wurde durch den Erkennungsdienst als der Klempner Max Teus ermittelt. Er weigerte sich beharrlich, seine Komplizen anzugeben und behauptete, er wäre von zwei unbekanntem Leuten zu dem „Umzuge“ angestellt worden. Die Polizei ermittelte schließlich, daß der ganze Plan des Einbruchs von Pusch ausging, der früher bei E. als Schloßbursche gewohnt hatte. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Schwere der Tat gegen Wenzel auf 4 Jahre Zuchthaus und gegen Pusch und Teus auf je 2 Jahre Zuchthaus.

Verfammlungen.

Die Krise in der Metallindustrie und das Verhalten der Firma Julius Pinisch.

Am 14. Juli fand in Stecher's Festhale eine zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter von Julius Pinisch, Aktiengesellschaft, statt, um die Mißstände zu besprechen, die in dem großen Betriebe dieser Firma in der Andreasstraße herrschen und immer ärger werden. Wie aus den Ausführungen des Referenten Bude hervorging, benutzt diese Weltfirma, die noch im vorigen Jahre ganz kolossale Ueberschüsse erzielte — nämlich nach allen Abschreibungen noch einen Reingewinn von fast 5 Millionen Mark! — die Krise dazu, die Arbeitslöhne immer mehr herabzudrücken. Abzüge über Abzüge werden in allen Abteilungen des Betriebes den Arbeitern aufgedrungen, und zwar von 25 bis zu 70 Prozent. Besonders soll sich dabei ein Werkmeister Pitting hervortun, der sogar, wie der Redner erwähnte, während seiner Urlaubzeit Abzüge bis zu 40 Prozent telegraphisch anordnete. Dabei werden in dem Betriebe etwa 5000 Arbeiter Anfangslöhne von 83 Pf. die Stunde gezahlt. Daß die Arbeiter wegen der Abzüge, vorstellig wurden beim Obermeister, Betriebsinspektor, ja beim Direktor, blieb erfolglos. Die Antwort war und ist: wem's nicht paßt, der kann gehen. Ob er erst länglich eingestellt wurde, ob er ein Duzend Jahre dort tätig ist, kümmert die Firma nicht; ohne Gnade fliegt jeder hinaus, der sich die unerhörten Lohnrückdrücken nicht gefallen läßt. Dazu verlangt die Firma noch, daß jede, auch die kleinste Missetat, aufgeschrieben wird von dem Arbeiter, der Bezahlung dafür nicht erhält. Die Arbeiter büßen durch diese Schreiberei wöchentlich den Lohn ein für 4 bis 7 Arbeitsstunden, während die Firma allerdings mehrere Buchhalter spart. Ferner wird darüber geklagt, daß die Arbeiter sich trotz der elenden Akkordpreise auch noch Werkzeug selbst herstellen müssen, oder daß sie mit einer Feile arbeiten müssen, bis sie gänzlich blank ist, ehe eine neue zu haben ist. Dann fehlt es auch an den nötigen Wasch- und Reinigungsanstalten. Wohl hat die Direktion zugestanden, daß die Arbeiter sich 5 Minuten vor Schluß der Arbeitszeit waschen dürfen, aber andererseits wird jeder mit 50 Pf. Strafe bestraft, der nicht 15 Minuten nach Feierabend den Betrieb verlassen hat. — Diese verschiedenen Mißstände sind nur einige von den vielen, die auf dem Arbeiterpersonal der Firma lasten. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung der Arbeiter der Firma Julius Pinisch beschließt:

1. der Direktion schriftlich den Wunsch zu unterbreiten, daß, bevor weitere Entlassungen von Arbeitern stattfinden, eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit bis auf 6 Stunden herbeigeführt wird;
 2. daß bei weiteren Arbeiterentlassungen eine zu wählende Kommission hinzugezogen wird, um auch den Anschein von Maßregelungen zu vermeiden;
 3. daß ein Arbeiterausschuß mit möglichst weitgehenden Rechten geschaffen werde.
- Im übrigen erklären die Versammelten einmütig, daß sie nur in dem Anschluß an eine große moderne Arbeiterorganisation das Mittel erblicken, die größten Schädigungen, die die Arbeiter durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung erleiden, zu beseitigen, da solche Organisationen allein es sind, welche durch weitgehende Unterstützung der Arbeitslosen und im ständigen Kampf gegen weitere Verschlechterungen der Lebenslage der Arbeiter die Aufgaben erfüllen, in denen Staat und Gesellschaft versagt. — Wie aus den oben mitgeteilten „Wünschen“ hervorgeht, fehlt es bei Pinisch sogar an einem Arbeiterausschuß, durch den die Arbeiter ordnungsgemäß ihre Beschwerden vorbringen könnten. Die Firma, die gelegentlich mit ihrer „Humanität“ zu glänzen sucht, will von einer solchen Einrichtung nichts wissen.

Herr Pinisch hat die Gewogenheit gehabt, auf die Resolution zu antworten. Er schrieb folgenden Brief:

Berlin O. 27, den 18. Juli 1908.
Herrn Hermann Gries.
Berlin O. 34, Lorellstr. 2.
Ihr werdes Schreiben vom 10. cr. haben wir erhalten. Es dürfte auch Ihnen bekannt sein, daß unsere Arbeiter jederzeit das unbefchränkte Recht haben, uns ihre Wünsche vorzutragen. Es bedarf daher keinerlei Vermittlung.
Hochachtungsvoll
Julius Pinisch,
Aktien-Gesellschaft,
Albert Pinisch.

Zu dem Schreiben ist zu bemerken, daß die Arbeiter zwar das Recht haben, ihre Wünsche vorzutragen, daß aber mit einer unangenehmen Regelmäßigkeit diejenigen, die Beschwerden vorgetragen haben, nach ganz kurzer Zeit — „wegen Mangel an Arbeit“ — entlassen werden.

Distrikterklub „Freies Wort“. Heute, 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Schreinerstr. 18. Fortsetzungsbefragung der Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie. Gäste willkommen.
Leser- und Distrikterklub „Südost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Lohndorf, Sächter Straße 58. Versammlung. Fortsetzung des Vortrags: „Unser Parteiprogramm“. Gäste willkommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 22. Juli.
Reue's Igl. Operntheater. Wallf. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Brillen.
Kammerdiele. Geheim.
Reue's. Der Jerrisse.
Reue's Schauspielhaus. Die Dollarpingst.
Kleines. 2x2=5.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Bühnen-Theater.)
Martha.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Thalia. Der Mann mit dem Rock.

Bernhard Role. Das Geheimnis von Red Fort.
Merrovot. Das muß man sich.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apoth. London Suburbia. Spezialitäten.
Passage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haberlan. Spezialitäten.
Reichsballen. Winter/Wymian.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Kruppschen Becke.
Sternwarte, Invalidenstr. 67/62.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. 8 Uhr.
Sommertheater. Leitung v. G. W. W. Mittwoch, den 22. Juli:
Die Diebin. (Leah Kischka.) Sensationsschauspiel in 4 Akten von G. M. G. Me. Reue.
Donnerstag: Die Diebin.
Freitag: Die Diebin.

Schiller-Theater O.
(Bühnen-Theater.) Moritz-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büstel:
Martha oder Der Markt zu Richmond
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Oberon, König der Elfen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büstel:
Die weiße Dame.

BOLOGNISCHER GARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Kleines Theater.
Mittwoch, den 22. Juli cr.,
Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Metropol-Theater
Zum 304. Male:
Das muß man seh'n.
Reduz. in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Theater des Westens.
Abendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Kastanienstr. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Theatervorstellung. Spezialitäten.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Riesen-
Programm.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Kruppschen Werke.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Révue
und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Hall.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schauer
Kastanienstr. 1.

Passage-Theater.
Der größte
Saisonserfolg
Gastspiel Willi Agoston in der
tolle Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen
und die
neuen Juli-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Apollo
Theater

Ein Bomben-Lacherfolg.
10 Uhr! 10 Uhr!
London Suburbia.
Szenen aus Londons Vorstadtleben.
Große englische Burlesk-Pantomime
in 2 Bildern, ausgeführt von
Berl. Bernards Original-Kompanie.
Vorher 8 Uhr: Die fotofalen
Attraktionen u. „Die süßen Grisetten“

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:

Berliner Herzen.
Bühnenstück in 2 Akten.
Dazu
erklaffige Spezialitäten.

Sanssouci, Kottbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Keimer.
Montag, Donnerstag
und Sonntag:
Hoffmanns
Norddeutscher Sänger
und Tanztruppe.
Einakter, Ensemble-Szenen
Aktuelle Vorträge in Wort
und Lied etc.
Beg. Sonnt. 8, wochentl. 8 U.
Der gr. Theateraal ist für nächste
Saison noch frei.

Landesausstellungspark
Neu erbaut: Festhalle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
von 4 Uhr ab:
Dejournés
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners u. Soupers v. 4.00 an

Neue Welt.
Hasenheide 108-114.
Heute:
Großes Erntefest,
Kinderbelustigungen aller Art.
Bonbonregen, Kinder-Packelzug.
Gratisverlosung:
1. Preis für Mädchen:
1 goldene Damenuhr.
1. Preis für Knaben:
1 goldene Herrenuhr.
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Um 10 Uhr:
Mr. Gadbin II.
tollkühner Koptsprung aus der
6. Etage.
Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlecht. Witterung i. Theater.
Neues Programm.
Anf. der Vorstellg. 8 Uhr. Anf. des
Gartenfests 7 Uhr. Kleine Preise.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
The 5 Violettes Trio Süsson
Kurt Ellys The 4 Berliners
Rudolf Mülzer
der urkomische Grottesk-Komiker.
Eröffnung 9 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16
1/10: **Der Reichtum des Arbeiters.**
Vorher das große Spezialitäten-
Programm!
Karl Cook, der urkomische, prolongiert.
Fredo Soyband, Verwandl.-Schauspieler.
Anf. 6 Uhr. Reffektische 3-6 Uhr.
Donnerstag Benefiz: Haus-
kapelle! Die Grille.

Reichshallen
Theater.
Gastspiel
**Winter-
Tymian**
mit seiner berühmten Herren-
Gesellschaft.
Anfang wochentl. 8, Sonnt. 7 Uhr.
Sonnabend, den 1. Aug.:
Wiederbeginn der Soliree
der Stettiner Sänger.

Max Kliems
Sommer-Theater.
Hasenheide 13-15.
Kritische Leitung: Bernhard Lange
Täglich: **Großes Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.**
Heute, Mittwoch: Kinderfest.
Donnerstag: Witte-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neue und beste Programm Berlins
Ab 23. Juli: Die größte u. beste 10 Riesen-Löwen u. 8 Riesen-Bären.
Raubtiergrupp. d. Gognw. Obr. Bügler.
Anfang 3 Uhr. Entree Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich: Volkbelustigungen aller Art.

**Große Dampfer-
Ferienfahrten**
nach **Wernsdorfer Schleuse (Gosener Berge).**
Jeden Wochentag (außer Sonnabend)
früh 9 1/2 Uhr, nachmittags 2 Uhr } ab Schillingsbrücke.
hin u. zurück 50 Pf. }
Hierzu ladet freundlichst ein
Paul Schwedler
Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.

Von der Michaelbrücke
an der Michaelkirchstraße.
Fahrplan der billigen Ferienfahrten mit Musik.
Montag 10 1/2, 2 1/2, 4 1/2 Uhr nach Schmüdow und Neue Wähe. —
Dienstag und Freitag 9 1/2, 2 1/2, 4 1/2 Uhr nach Schmüdow und Biegenhäls. —
Mittwoch 9 1/2, 2 1/2, 4 1/2 Uhr nach Schmüdow und Neue Wähe. — Donnerstag 9 1/2,
und 2 1/2, 4 1/2 Uhr nach Wollersdorfer Schleuse. — Preis früh und nachmittags
hin und zurück nur 50 Pfennige, Kinder die Hälfte. 37842
Reederei G. Zachow. Tel. Amt IV, 5621.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Frankfurter
Hersprecher Nr. 8. Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Großes Militär-Konzert
ausgeführt von der Jugendwehr.
Soliree der Apollo-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
**Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.**
**Schweizer
Garten.**
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Rest: Viccards komische Pantomime:
Die Einbrecher von New York.
Jeden Abend
10 Uhr: **Das Lieserl.**
Eingepiel in 1 Akt.
Volkbelustigungen. Kinematograph.
Jede Mittwoch: Kinderfreudenfest.
200-300 Mark
von org. Genossen auf einige Monate,
als Mitbelustigung zur Erlangung von
Einlandspatenten gesucht. Deutsche
Urkunden gebe eben! in Handhast.
Offerten W. B. Postamt 4 Char-
lottenburg. 4126

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11 C,
hier Reparaturen,
auf Wunsch zugleich mit
bess. Zunderbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des al-
titalienischen Timbres
für große Sellen an allen
: und neuen Geigen :
Mäßiges Honorar. *

Alte Gastwirtschaft
im Oberbruch verlässlich. Preis
27 000 Mk., Anzahlung 5000 Mk. Off.
unt. N. 1 an die Exped. d. „Borm.“
Dankelmannstr. 29, Morstweg 25
am Kaiserdamm. Hall. Friedrichstr. 103,
Charlitz. Bill. 2-5 Zimmer-Wohnung.
m. Badm. u. f. sofort bez. u. ohne
Miete bis Oktober zu vermieten. *

Am Freitag, den 17. cr., ver-
starb an einem Herzleiden unser
lieber Sohn und Bruder
Berthold
im Alter von 20 Jahren. 6506
Dies zeigen tiefbetrübt an
Hugo Wittenberg
nebst Frau und Sohn.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. Juli, um 6 Uhr
nachmittags auf dem Friedhof der
Zwölf-Kloster-Straße in Schöne-
berg, Tempelhofer Weg, statt.

Am Sonntag, den 19. Juli,
verstarb meine innigstgeliebte
Frau und gute Mutter
Emilie Stiller
geb. **Britling**
am Herzschlag.
Um ihres Willens willen
die Hinterbliebenen
August Stiller nebst Sohn,
Koppenstr. 59.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle des Central-Fried-
hofs in Friedrichsberg aus statt.

Allen Freunden und Ver-
wandten die traurige Nachricht,
dass meine innigstgeliebte Frau,
unser gute Mutter, Schwester,
Schwägerin und Tante
Anna Wunderlich
geb. **Bachmann**
am 20. d. M., früh 2 Uhr, nach
langer, schwerer Krankheit sanft
entschlafen ist. 37092
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 24. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Georgen-Kirchhofes,
Landsberger Allee, aus statt.
O. Wunderlich, Koppenstr. 8.

Danksagung. 6546
Für die herzliche Teilnahme und
die große Kranzspende bei der
Beerdigung meiner so früh von
unserer Seite gerufenen lieben
und unvergesslichen Frau und guten
Mutter **Anna Kaphammel** sagst
hermit allen Verwandten, Bekannten,
Freunden und Genossen, insbesondere
der Stadtheb. 190b und c des 367. Bez.
Schneider- und Hähnerband Ber-
lin III, den Kolleginnen der Firma G.
Gründbaum, den Wit. und den Wierern
des Hauses unseren herzlichsten Dank
aus. **B. Kaphammel** nebst Sohn.

Dankfagung.
Allen Verwandten, Freunden und
Genossen, die meiner lieben Frau
die letzte Ehre erwiesen haben, ins-
besondere dem 338. Wahlbezirk, der
Frau **Wartke** und Herrn **Wilhelm**
Hing für die tröstlichen Worte am
Sarge, meinen herzlichsten Dank.
L. Wunderlich, Buzer,
6536 Am Ostbahnhof 12.

Für die rege Teilnahme der zahl-
reich erschienenen Vereine beim Ein-
scheiden meines lieben Vaters, des
Restaurateurs **6455**
Amandus Zöls
sage ich meinen tiefempfundenen
Dank.
Ww. Anna Zöls,
Köpenickerstr. 137.

Dankfagung.
Hiermit sage ich allen Parteigenossen
und Freunden, insbesondere dem
Hauptklub „Tobelos“ meinen herz-
lichsten Dank für die vielen Gratula-
tionen und Beglückwünschungen zu
unserer Silberhochzeit. 6446
Aug. Sprockhoff und Frau,
Charlottenburg, Utenastraße 1.

Für die liebevolle Teilnahme und
reichen Kranzspenden bei der Beer-
digung meines unvergesslichen
Karl Perk
sage ich allen Freunden und Be-
kanten, den Arbeitskollegen der
Firma **Höfer**, den Genossen des Be-
zugs 723 a und 723 c und dem
Deutschen Metallarbeiter-Verband im
Auftrage der Leidgegenen den herzlich-
sten Dank. 37362
Julius König.

Es empfiehlt sich
bei eintretendem Trauerfall
möglichst sofort
Westmanns
Trauermagazin
Hauptgeschäft:
Berlin W., Mohrenstraße 37a,
an der Kolonnenstr., 2. Haus
von der Jerusalemstraße, und
NO., Gr. Frankfurterstr. 115,
2. Haus von der Andreasstraße,
zweites Ausw. d. h. p. f. e. u. b. n.
Trauergarderobe auszuw. u. zu
Um dem Publikum einen be-
sonderen Vorteil zu bieten,
gewähre ich auf diese Anzeige
hin bei Kauf
10 % Rabatt in bar!

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Frankfurter Viertel.)
Beginn 817.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Leder-
arbeiter
Ernst Ast,
Grüner Weg 31,
gestorben ist. 219/14
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. Juli, nachm.
6 Uhr, von der Leichenhalle des
Emmaus-Kirchhofes, Hildorf,
Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer** Verein.
Mitgl. des Verb. Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Den Bundesgenossen zur Nach-
richt, dass unser langjähriges Mit-
glied, der Lederarbeiter
Ernst Ast
(8. Abt.) am Sonntag früh 1/2 Uhr
gestorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 22. Juli, nachmittags 6 Uhr,
von der Leichenhalle des Emmaus-
Kirchhofes in Brix aus statt.
Der Vorstand.

Verband der Porteuillier.
Zohlfelle Berlin.
Am Sonntag, den 19. Juli,
verstarb nach langem Kranken-
lager unser langjähriges Mitglied,
der Porteuillier

Ernst Ast.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch nachmittags 6 Uhr von
der Leichenhalle des Emmaus-
Kirchhofes, Hermannstraße, aus
statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Mechaniker
Berthold Wittenberg
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 22. Juli, nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Zwölf-Kloster-
Kirchhofes in Schöneberg, Übers-
straße aus statt. 119/15
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Anschläger
Paul Pietsch
am 18. Juli 1908 am Sünderdarm-
leiden gestorben ist. 119/16
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 22. Juli, nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des Städtischen Kirchhofes
in Friedrichsberg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buch- und
Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.
Zahlstelle II (Hilfsarbeiter.)
Am 20. Juli verstarb nach
langen, schweren Leiden an der
Proletarierkrankheit unser Mitglied,
der Falger, 27/10

Max Hahnel
im noch nicht vollendeten 32. Lebens-
jahre.
Ein ehrendes Andenken wird
ihm stets bewahren
Die Zahlstelle II.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 24. Juli, nach-
mittags 6 Uhr, auf dem Thomas-
Kirchhof in Hildorf statt.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, dazw. Zuteile,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade II. (Süd. Bors.)

Auch am Strand
Berliner und Fremde,
eilen Sie zu
Hauptgeschäft: 3558L
Westmann Berlin W., Mohrenstraße 37a {kein Eckhaus, 2. Haus v.
der Jerusalemstraße,
und Berlin NO., {von der Andreasstraße,
Große Frankfurter Straße 115
Nur wenige Tage noch dauert
der große Inventur- u. totale Räumungsverkauf!
Kostüme! Kleider! Röcke! Blusen!
vom einfachsten bis zum hochelegantesten Genre!
zu jedem nur irgend annehmbaren Preise!!
Nur moderne gediegene Stoffe und geschmackvolle Ausführungen.
Reisemäntel! Staubmäntel! Gummimäntel!
Gebirgsjodencapes! Kimonos! Taffellifflboys! Phantasie-Modelle!
vorher . . . bis M. 15,— bis M. 20,— bis M. 30,— bis M. 45,— bis M. 60,—
jetzt . . . nur M. 7/— nur M. 10,— nur M. 15,— nur M. 20,— nur M. 27,—
Wasserdichte Paletots schon von M. 5.50 an! Wasserdichte Staubmäntel durchschn. M. 5,— p. St.
Bei Einkauf von M. 20,— an gratis: ein eleganter Bordürenrock!
Eleg. Trauer-Magazin
Man beachte genau meine
Firma und Hausnummer.
Am besten kauft man bei mir
in den Vormittagsstunden!
nachmittags ist der Andrang
zu stark!

Plänomen
Cigaretten
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Bureau: Lindenstraße 215. Geöffnet von 9-1 und von 4-8 Uhr. Telefon Amt III, Nr. 938.

Sonntag, den 26. Juli, vormittags 1/2 10 Uhr, im Lokale „Musikersäle“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Anträge. 3. Bericht vom Gewerkschaftskongress (Hamburg).

Unter Berücksichtigung der reichhaltigen Tagesordnung wird die Versammlung pünktlich eröffnet. — Die Ortsverwaltung.

Proletarierkrankheit und kranke Proletarier.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas. 2. Auflage.

Die Parteipresse nennt die Schrift eine Kulturluft. Ein lungenkranke Arbeiter schildert darin Entstehung, Heilung und Verhütung der Tuberkulose; seine lehrreiche Darstellung ist eine Waffe im Kampf gegen die Schwindsucht und zugleich ein vorzüglicher Agitationsstoff.

Preis 20 Pf. Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 69, Lindenstr. 69, Laden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Maschinenarbeiter.

Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr in Bookers Festsälen, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Unsere Arbeitsvermittlung. 3. Branchenanglegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der wichtigen Tagesordnung wegen muß jeder Kollege erscheinen. Die Branchenkommision.

Zentral-Verband der Fleischer

Sonntag, den 26. Juli

Sommerfest

in der Brauerei Friedrichshain Am Friedrichshain 16-23. 651b*

Großes Konzert

des Berliner Sinfonie-Orchesters (Dir.: M. Fischer)

unter Mitwirkung des Gesangsvorlesers Margengraun (M.d.A.-S.-B.) sowie Paul Jescheks Spezialitäten-Ensemble. Von 5 Uhr ab TANZ. Kasseneröffnung 2 1/2 Uhr. Beginn des Konzerts 4 Uhr. Entree 25 Pfennig. Die Kaffeeküche wird um 3 Uhr geöffnet.



Wir verkaufen

jetzt noch billig
 R 4 Mark am in Petershagen, Ostbahn,
 R 8 Mark am Zeegefeld, am Bahnhof,
 R 10 Mark am Raulsdorf, am Bahnhof,
 R 10 Mark Bahnhof Zadowa, Biesdorf-Raulsdorf-Zub.
 R 30 Mark am Biesdorf, Stadtbahn, a. Bahnhof. Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.
Nieschalke & Nische
 Berlin, Neue Königstr. 16.

Gustav Lindenhayn,
 Gastwirtschaft, Telefon: Amt Grünau Nr. 17
Grünau, Friedrich-Str. 2.
 5 Minuten vom Bahnhof. Großer Garten. Vereinszimmer. Fremdenlogis. 20612*
 Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.



JOSETTI JUNO

Cigaretten.

Cigaretten „gerade so gut“
 Kosten das doppelte und mehr.

10 St. für 20 Pfg.

Wir haben infolge der guten Fruchternte unsere Preise für Fruchtsäfte wie folgt herabgesetzt:

Himbeersaft
Kirschsafft
Johannisbeersaft
Erdbeersaft
Zitronensaft

I. Qualität, Natursaft mit feinstem Raffinade eingekocht:
 à Literflasche 1,20 M.
 II. Qualität mit Nachpresse: à Literflasche 1,—
 à Champagnerflasche 0,85

Rohsäfte frisch von der Presse
 Himbeersaft à Fl. 1,20 M.
 Kirschsafft à Fl. 1,20
 Erdbeersaft à Fl. 1,20
 Brombeersaft à Fl. 1,20
 Preiselbeersaft à Fl. 0,90
 Johannisbeersaft à Fl. 0,90
 Heidelbeersaft à Fl. 0,60

Selters, große 30 Fl. 1,50 M. filtriert
 Sprudel, große 30 Fl. 1,80 . filtriert und destilliert
 Sauerstoffwasser 30 Fl. 3,— . filtriert und destilliert
 Fruchtquell 30 Fl. 3,— . bestes alkoholfreies Getränk.

Jede Flasche wird mit 10 Pfennigen berechnet und zurückgezahlt. 3694L*

Hermann Meyer & Co. Aktiengesellschaft, Wattstraße 11/12.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (setztgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setztgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Taschenbuch für Gartenfreunde.
 Ein Ratgeber für die Pflege und sorgfältige Bepflanzung des häuslichen Gier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Heßdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (lebensfähig) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichboden Grünau, Osdorfer Markt 4, Bahnhöf. Börse. 264/11*

Wandbildhaus Schönhauser Allee 110. Spotbilliger Verkauf verdorbener Bilder, Herrengarderobe, Gardinen, Ausstattungsgegenstände, Schmuckgegenstände, Betten, Teppiche, Uhren.

Läden - Baumaterialien, gebrauchte und neue, wie: Kantholz, Bretter, Balken, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billigst. Dalenstraße 2 (am Hermannplatz). 25506*

Waffen zu hiesigen Ausgaben und Schiffsmodell „Die wahre Gestalt des Christentums“, von August Debel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 50 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Schopenhauer, je vier Bände 6.— Mark. Lindenstr. 69, Kauf. je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kiehl, Renau, Wlad, Wlad und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Monatsausgabe und Sommerpatent von 5 Mark sowie Noten von 1,50, Gebrochenausgabe von 12,00, Brads von 2,50, sowie für lokale Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Wandbildern verfallene Sachen lässt man am billigsten bei Rag, Rulandstraße 14.

Tischdecken (reich gefüllt), in Viktoriatuch 1,85-3 Mark, in Velvetlich 4,80-5,65. Saison-Gruppen. Teppichhaus Emil Resdore, Kranienstraße 158. 91982*

Spotbillig, Metallbetten, Kinderbetten, prachtvolle Kastenbetten. Beschäftigung nach jeder. Rappold, Ritterstraße 90.

Stoppdecken (spotbillig), Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29938*

Bederbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Wandbildhaus, Rühlensstraße 7. 91982*

Teppiche mit Japandesignern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parkterre, Rauerhof. Vormärtslesern 6 Prozent Rabatt. 6306*

Wandbildhaus! Rüdorf, Bergstraße 58. Käumungshalber (spotbillig) Bettensverkauf! Gardinenverkauf! Wäscheverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Schmuckwaren! Rüstmaschinen! Möbelstücke! Diverses! Spottpreise!

Kinderswagen, neu, dringend, 16,00. Milchstraße, Exzerierstraße 25.

Fast neuer Kinderswagen, Lenz Bappe-Allee 75. 748

Vittauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte, spotbillig, Wienerstraße 1-6, Barchanstraße 67. 650b

Paleros, Monatsausgabe, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Zugabequelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Rüstentz, nur Rosenhallerstraße 10. 269/2*

Geschäftsverkäufe.
Restoration, gangbare, Wedding gelegene, Miete 1200,—, sichere Existenz. Erfragen Bogatz, Reimoldenstraße 69. 7141

Schmuckgeschäft zu verkaufen Rüdorf, Weißfelstraße 33. 7110

Obst-, Gemüse-, Kohlengeschäft sofort zu verkaufen. Zu erfragen Expedition Ruzardstraße 49. 7141

Parteilokal mit Saal und mehreren Vereinszimmern sofort zu verkaufen, billige Miete. Zu erfragen Stadt-Brauerei Besortstraße 4.

Fahrräder.
Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Anzahlung, Postämterstraße 40. 6748*

Herrenrad, Damenrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 9778*

Herrenrad, nagelneues, Garantiefest, dringend, jeden Preis Exzerierstraße 25, III links.

Fahrräder, Teilzahlungen, Invalidenstraße 20 Stallperstraße 40. 9206*

Möbel.
Teilzahlung, Möbelleinrichtung Küche und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Berleben gefüllte Möbel (spotbillig). „Berolina“, Kastanienallee 49. 462b*

Wegen Ueberfüllung unserer Speisekammer soll bis 26. Juli ein großer Posten Möbel, darunter auch verlebene gemessene und zurückgegebene Möbel zum Teil bis 40 Prozent unterm Wert verkauft werden. Darunter Kleiderspind 24,—, Bettsofa 27,—, Tisch 10,—, Sänftenstuhl 28,—, Schreibtisch 28,—, Ankleidebank, Paravol 55 Mark, Tischgarnituren enorm billig. Moderne Küchen in allen Farben von 40,— an. Lagerung, Transport frei. Stargarder Möbelwerk und Speisegeräte, Dresdenerstraße 107/108. Sonntags geöffnet.

Verschiedenes.
Datenanwalt Wessel, Wilmersstraße 94a. 25558*

Wenn die Muttersprache beherrschen! Erfolgreich, leicht, jahrelanger Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsmappe wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Stuttgarter von Frau Kotosky, Schachtelstraße 8, III.

Einholz, Komiker, Gesellschaft, Geopulstraße 6. 5975*

Volkshumoristik „Schmelzer“ Elektrizitätstraße 57. 7131

Unter Wasserland ist wieder fortlaufend umsonst abzugeben bei den Kanalarbeiten Charlottenburg. Bestand und zwar in der Eisen-, Almen-, Kastanien-, Eichen- und Kirschen-Allee. Meldung dortselbst bei den Schachtelmeistern. 9988*

Nähmaschinenreparaturen.

sachgemäß, schnell, billig, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause, Bellmann, Gollnowstraße 26. 9948*

Einzelne Jahrgänge, Bücher und ganze Bibliotheken - laßt Meyer, Drantenstraße 138. 6345*

Restaurateure erhalten Einrichtungen. Kaufhilfsgeber von erstklassiger Großbrauerei. Offerten Bierperle Postamt 22. 6526*

Beleidigung gegen Frau Marie Heubach nehme zurück. Otto Kuch, Fruchtstraße 57. 7138

Kanarienvogel entflohen, trägt am rechten Bein Ring. Wegen Belohnung abzugeben bei Herwig, Gertstraße 13, II. 7110

Vermietungen.

Geladen, großer, in bester Lage Rüdorf, mit reichlichen Nebenräumen, vorzüglich geeignet für Kolonialwarenhandlung oder ähnliche Branche sowie mehrere kleine Läden, zu jedem Geschäft passend, sind preiswert per 1. Oktober 1908 zu vermieten. Näheres auf dem Bau Rüdorf, Kaiser Friedrichstraße 74/75. 1445*

Läden, kleine, zu jedem Geschäft, Oktober, Franklinstraße 21. Läden zu jedem Geschäft passend Osnabrückerstraße 25. 7145

Wohnungen.
Prächtige billige Balkonwohnungen sofort Goldenerstraße 32/34. 9888*

Wohnungen von 4, 3, 2 Zimmer mit Bad und allem Zubehör sowie schöne große Hinterwohnungen, bestehend aus Küche und Küche, vermietet per 1. Oktober 1908 Rüdorf, Kaiser Friedrichstraße 74/75.

Wohnung, 2 Stuben und Küche, Wilhelm Reimer, Helmholzstraße 35.

Stube und Küche, 15 bis 20,00, Schneierstraße 5. 646b

Zimmer.
Sofort möbliertes Zimmer an 1-2 Herren a 15 inklusive vermietet Meyer, Rühlstraße 62. 5005

Möbliertes Vorderzimmer, ein, auch zwei Herren, Urbanstraße 65, rechter Ausgang II. 2744b

Möblierte Schlafstelle 2 Herren Bismarckstraße 20, Hof parkterre, Schreiber. 26745

Möbliertes Zimmer, inkl. 15,— vermietet Haber, Lybenerstraße 26

Möbliertes Zimmer, 15 Mark inkl. Sundeck, Rüdorf, Reuterstraße 37. 7145

Kleines Zimmer an soliden Herrn Köpenickerstraße 25 II, Wagner.

Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren zum 1/8 zu vermieten. Gughovenstraße 10, Weill, 5 Minuten Bahnhof Tiergarten. 7119

Schlafstellen.

Schlafstelle an zwei Herren bei Bernhart, Köpenickerstraße 134/135.

Möblierte Schlafstelle für Herrn Urbanstraße 88, Hof parkterre, Träger.

Schlafstelle, für zwei Herren, Werner, Eißelstraße 21.

Schlafstelle vermietet Herrn. Erfragen Jahn, Kastanienallee 89 IV.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Köpenickerstraße 10, vorn III, Schade.

Mietsgesuche.

Herr sucht freundliches Zimmer oder Schlafstelle, Nähe Göllicher Bahnhof, Kreisferten A. 100. Partei-Expedition Luisenplatz 14/15. 7145

Herr sucht möbliertes Zimmer oder bessere Schlafstelle, allein, Borsdorf, Südost. Preisofferte T., Postamt 26. 649b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Biliger Studierlicher Mittel um Arbeit. Stelle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Widjer, Rulandstraße 27.

Stellenangebote.
Tüchtige Einseher verlangt Tischlerei Zellenerstraße 53. 6485

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
 Fritsch, Rauerstr. 69.
 A. Gahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
 G. Schmidt, Kirchbachstr. 14

Osten:
 W. Mann, Petersburgerplatz 4.
 R. Wenzels, Hildersdorferstr. 3.
 Gustav Vogel, Köpenickerstr. 63.

Nordosten:
 E. Sucht, Immanuelstr. 12.
 J. Reul, Dammstr. 42.

Norden:
 G. Raschke, Uckerstr. 36.
 F. Trapp, Steintorstr. 10.
 Karl Mars, Ruzardstr. 123.
 Karl Weiche, Ruzardstr. 49.
 E. Deband, Ruzardstr. 24.
 G. Vogel, Vorkingstr. 37.
 H. Tieck, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
 Karl Anders, Salzweidstr. 8.
 Wedert, Goltzbergstr. 29.

Südwesten:
 G. Werner, Snelkenstr. 72.
 Debus, Hagensbergstr. 27.

Süden:
 St. Fritsch, Prinzenstr. 31.
 Mich. Schmidt, Rottbuser Damm 9.

Südosten:
 Paul Böhm, Lauther Platz 14/15.
 P. Forst, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
 G. Zahnmer, Selenheimerstr. 1.

Friedrichshagen:
 C. Seidel, Kronprinzenstr. 60.

Rixdorf:
 W. Heinrich, Redarstr. 7.
 Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
 H. Rejentrans, Alt-Borsdamer 58.

Schöneberg:
 Wilh. Bäumer, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
 R. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
 Jul. Schilfert, König-Haussee 39a.

Reinickendorf:
 P. Garich, Grünauerweg 46.

Treptow: 245/2*
 R. Gramenz, Stieboldstr. 412.

Partei-Angelegenheiten.

Schöner Wahlfest. Die Festsetzung der Kontrolle zum Sommerfest findet am Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, bei Maabe, Stolbergstr. 23, statt. Diejenigen Genossen, die sich dem Komitee zur Verfügung gestellt haben, werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen sämtlicher Bezirke zur Kenntnis, daß heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Schumann in Wabau die Wahlvereinsversammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Robert Fendel: Das Erziehungssystem des Staates in bezug auf die Kinder des Proletariats und was haben wir dagegen zu tun? 2. Parteiangelegenheiten. Unter Parteiangelegenheiten kommen wichtige Angelegenheiten zur Sprache.

Berliner Nachrichten.

Solidarität.

Wenn Karl Feidler nicht gewußt hätte, daß in der Fabrik ein Streik ausgebrochen war, dann hätte er es an der Laune seines Chefs merken können. Viel früher als sonst, gleich kurz nach sieben, als Karl noch beim Umkleiden war, war er auch schon im Kontor erschienen. Und als Karl ihm verblüfft und verduzt ob der frühen Anwesenheit „Guten Morgen“ wünschte, hatte er nur ärgerlich und gereizt geantwortet: „Besuchen Sie sich, besuchen Sie sich, daß Sie hier mit dem Aufstehen fertig werden! Sie haben heute noch sehr viel zu tun.“

Dann war er an seinen Schreibtisch getreten und hatte stehend nervös und hastig in den Papieren herumgesehen, bis Karl mit dem Besen zu hantieren begann. Dann säumte er zur Tür hinaus und lief die Treppe hinauf in die Arbeitsräume. Und gerade als Karl mit den entleerten Papierkörben und der Müllschuppe vom Hofe zurückkam, war er auch schon wieder unten und regte sich darüber auf, daß die Kontoristin noch nicht zur Stelle sei. Das sei eine grenzenlose Dummheit. Als er ein Weitzen vom Schreibtisch gelesen, fragte er plötzlich: „Können Sie maschinenschieben, Karl?“

„Ne, Herr Feisch, det kann id nich. Id bin doch man 'n Loosburger.“

„Was, 'ne olle Kranke sind Se. Sie können gar nichts. Wenn Sie hier mit Ihrer Arbeit fertig sind, dann gehen Sie nach oben und helfen da tüchtig. Der Meister soll Ihnen das Remmachen zeigen.“

Karl Feidler brumpte etwas vor sich hin. Nun sollte er hier wohl gar noch den Streikbrecher spielen? — Und beim Staubwischen kamen ihm allerlei Gedanken, wie ungerecht es doch eigentlich sei, daß er mit seinen fünfzehn Jahren noch nicht in den Verband eintreten durfte, und daß er deshalb auch nicht mitstreiken konnte. Und dann dachte er wieder, daß das Miststreiken für ihn eigentlich gar keinen Zweck habe. Wenn er höheren Lohn haben wollte, dann würde ihn der Alte einfach entlassen. Mehr als zwölf Mark die Woche gab's nicht.

Was nach der Frühstückspause drückte sich Karl noch unten herum, dann erst ging er nach oben. In der Wieherei arbeitete der Meister mit den beiden Lehrlingen an den Formlasten. Sie wollten wenigstens die notwendigen Aufträge fertigstellen. Bald tauchte auch der Alte auf. Sie würden wohl heute Ueberstunden machen müssen, meinte er; diesmal dürfte es schon nicht darauf ankommen. Natürlich würden sie dafür extra bezahlt bekommen. Und dann wandte er sich an Karl; er solle sich in einer halben Stunde bereithalten, es seien verschiedene Gänge zu besorgen.

„Gott sei Dank, det id von die Schusterer bald wieder weg foranne“, dachte Karl bei sich, und plänklich verschwand er, um sich umzuziehen.

„Nun passen Sie mal auf, Karl“, sagte der Chef. „Sie nehmen die Briefe, die Feinslein geschrieben hat und tragen sie aus. Die Adressen kennen Sie ja alle, es sind unsere Kunden. Und wenn Sie gefragt werden, wieviel Leute bei uns arbeiten, dann sagen Sie: mindestens zwanzig Mann und heut nachmittag oder morgen früh fangen noch zehn Mann an. Es sei also keine große Verzögerung zu befürchten. — Haben Sie verstanden? — Ja ja, hier haben Sie zwei Mark und nun machen Sie Ihre Sache recht gut!“

Karl machte große Augen, als er das Zweimarkstück einsteckte. Der Alte war doch sonst nicht so freigebig. Der mußte ja mächtig im Schwinkel sein. Und wie er nun durch die Straßen wanderte, machte er froh und vergnügt Miene, wie er das Zweimarkstück am besten verwenden würde. Zu Hause würde er ja nichts davon erzählen; auf keinen Fall. Denn dann würde Mutter es ihm doch abnehmen. Ne, erst wollte er nun mal seinen Lieblingswunsch erfüllen, 'ne blane Kapitänsmütze, mit blankem Schirm und Sturmkriemeln und mit 'nem recht schönen Sportabzeichen vorne dran wollte er sich kaufen. Es gab ja schon Kapitänsmützen für 95 Pf.; aber wenn nun noch das Geld für die Ueberstunden dazu käme, dann würde er wohl eine für 'ne Mark fünfundsundzwanzig kaufen können. Und dann noch eine Mundharmonika. Die brauchte ja vorläufig nicht so gut und teuer zu sein. Später würde er sich ja doch 'ne große mit 'nem Glodenpiel anschaffen. Und ein paar Duzend Zigaretten mußten doch auch noch dabei herauspringen. Da würden aber seine Freunde nächsten Sonntag kommen. Und wenn er dann gar noch der hübschen Lily Fesse 'nen Groschen für die hohe Aufschaukel spendieren konnte, dann würden sie wahrscheinlich vor Reid plagen.

O ja, um 'ne feine Kapitänsmütze, 'ne Mundharmonika und ein paar Duzend „Jostell“ lohnte sich das bisherige Schwindeln schon. Beim Schwindeln sollte man ja übrigens immer mehr verdienen als beim ehrlichen Arbeiten.

Karl Feidler hatte seine Sache gut gemacht. Dem Alten berichtete er wenigstens so, als er gegen drei Uhr wieder im Kontor eintraf. Und dieser Bericht schien eine sehr beruhigende Wirkung auf die Nerven des Herrn Chef auszuüben. Er lehnte sich gemächlich in seinen Schreibtisch zurück und zündete sich einen mit einer „Leibbinde“ geschmückten Glimmstengel an.

„Geben Sie auch die beiden Streikposten hier unten auf der Straße gesehen, Karl?“

„Ne, Herr Feisch, id hab' keenen gesehen.“

„Sie haben keinen gesehen? Ja, meine den Schulz und den Freitag. Standen die nicht mehr da?“

„Ach so. Ja, die hab id gesehen!“

„So! Sie standen beide noch da? hm. — Nun es ist jetzt gleich vier Uhr, bald kommt der Arbeitsmarkt heraus.“

„Fräulein, schreiben Sie doch schnell einige Zeilen an das Polizeirevier. Die Keels hängen noch dort. Und sie würden jedenfalls die Arbeitswilligen befristigen. — Karl kann dann schnell hinüberbringen auf die Wache.“

Das Fräulein schrieb. Der Herr Chef setzte seinen Namenszug darunter und Karl ging mit dem Briefe los. Ehe er auf die Straße hinausstrat, sah er sich erst noch mal lange und scharf um. Aber die Fabrik lag im Duergebäude und von dort konnte ihn keiner beobachten. Dann ging er auf Freitag zu.

„Ne, ne, det fällt mir nich im Schlafe ein! Die Fische in der Spree werd id damit füttern“, lachte Karl. Dann rief er laut: „Hoch lebe die Solidarität!“ und rannte davon. . . . Der Chef der Firma „F. Feisch, Eisen- und Metallgießerei“ zerbrach sich den Kopf darüber, wie es wohl möglich sei, daß sich kein einziger Arbeitswilliger meldete. Er stand auf, nahm seinen Panamahut und ging hinunter auf die Straße. Doch bald kam er eilig mit finsterner Miene zurück.

„Karl!“ rief er ins Kontor, „haben Sie denn den Brief auf der Wache abgegeben? Was hat denn der Wachtmeister gesagt?“

„'s ist gut, hat er gesagt!“

„So wirklich! Nun, wir werden das ja gleich sehen!“ Dann ging er sehr eilig davon. Als er wiederkam war Karl Feidler verduzt. . . . Am nächsten Morgen kam er, um sein Arbeitsbuch abzuholen, und mit einem prüfenden, bedeutsamen Lächeln strich er die vier Mark ein, welche er noch heraus bekam.

Als er auf dem Heimwege über die Brücke kam, zog wieder dieses Lächeln über sein Gesicht. Er blickte über das Geländer. Dort unten hatten gestern die Papierhändler geschwoommen. Und mit denen waren auch Kapitänsmütze, Mundharmonika und Zigaretten fortgeschwoommen.

Zur Abstimmung über den Nachtuhradenschluß

erläßt der Polizeipräsident folgende Bekanntmachung: Nachdem die Frist zur Abgabe einer Äußerung in Sachen der Einführung des Nachtuhradenschlusses (mit Ausnahme der Sonnabende) in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf mit dem 30. Juni ex. abgelaufen ist, liegt die Liste der beteiligten Geschäftsinhaber, in welche mit roter Tinte die Abstimmungsäußerungen eingetragen sind, während der Zeit vom 29. Juli bis einschließlich 11. August in den Revierbüros der einzelnen Polizeireviere zur öffentlichen Einsicht aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste bezüglich der Abstimmungsbeiträge können innerhalb der gedachten Auslegungsfrist von den beteiligten Geschäftsinhabern schriftlich oder zu Protokoll bei dem Vorsteher des zuständigen Polizeireviere bezw. seinem Stellvertreter erhoben werden. Nach Ablauf der Frist eingehende sowie solche Einsprüche, die die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste nach anderer als der bezeichneten Richtung hin betreffen, bleiben unberücksichtigt.

Ein tolles Polizeistückchen

wird uns von einem Kutscher vorgetragen. Derselbe, mit Namen R., Berlin, Nehmerstr. 11 wohnhaft, hatte von der Polizeidirektion in Nixdorf ein Strafmandat auf drei Mark lautend erhalten, weil er anstatt in, neben einer Bedürfnisanstalt uriniert hatte. Da R. krank und erwerbslos war, beantragte er Erstattung der Zahlung, überlegte es sich aber später und machte es möglich die drei Mark Polizeistrafe zu zahlen. Das geschah am 15. Juli. Am 16. Juli erschien vom 18. Polizeirevier in der Neuen Königstraße ein Kriminalbeamter in der Wohnung des R., dem die Quittung über die erfolgte Zahlung der drei Mark vorgelegt wurde. Der Beamte meinte bei dieser Gelegenheit, es sei ganz gut, daß bezahlt sei, dann hätte R. doch keine Scherelei mehr.

Wie erstaunte aber der Kutscher, als am Sonntag, den 19. Juli, früh gegen 4 Uhr Schulleute an seiner Wohnung klopfen und ihn aufforderten, zur Wache zu kommen. R. zeigte auch diesen Beamten die Quittung, worauf sich die Leute entfernten, um aber nach einer halben Stunde wiederzukommen und R. mit zur Wache zu nehmen. Auf der Wache wies R. wieder darauf hin, daß er ja bezahlt habe, es nützte ihm nichts, er, der kranke Mann, wurde in eine Zelle gesperrt, in der er vier Stunden verbleiben mußte. Erst dann sah sich wohl der Wachtmeister die Quittung deutlich an und entließ ihn mit dem Bemerkten, R. hätte noch extra auf die Quittung hinweisen sollen. Der Kutscher mußte, nach Hause gekommen, die Wahrnehmung machen, daß er in der Zelle Ungeziefere aufgefressen hatte.

Wenn diese Darstellung richtig ist — und wir haben keinen Anlaß, daran zu zweifeln, Strafverfügung mit Quittung hat uns übrigens vorgelegen — so verbietet das Verhalten der Polizei ernstlich gerügt zu werden. Die vierstündige grundlose Einsperrung in die Zelle qualifiziert sich im vorliegenden Falle einfach als Freiheitsberaubung.

Und dann noch etwas anderes: Angenommen, R. hätte die drei Mark wirklich nicht bezahlt gehabt, was ist das für eine Art, einen Berliner Bürger wegen drei Mark Sonntags früh um vier Uhr aus dem Bette zu holen, und noch dazu einen Mann, der sich als kranker durch seinen Krankenschein legitimiert; R. geht an einem Stode, weil er sich eine Beinverletzung zugezogen hat. Es wäre dringend notwendig, wenn der Polizeipräsident den Sachverhalt genau feststellen und die Schuldigen zur Rechenschaft zöge.

Der Tegeler See gefährdet.

Als sich vor etwa Jahresfrist eine Granate vom Tegeler Schießplatz verirrete und in ein Haus bei Saatwinkel einschlug, wurden die Artillerie-Schießübungen von dort nach Döberitz verlegt, um den Tegeler See nicht zu gefährden. Nun erregt es lebhaften Unwillen in Tegel und den Kolonien an Tegeler See, wo gegenwärtig Hunderte von Berlinern zur Erholung weilen, die sich bei günstigem Wetter des Vormittags durch Bootfahrten auf dem See ergehen, daß die Militärbehörde vorgezogen bekannt gab: „Der Tegeler See ist am Freitag von 8—12 Uhr gefährdet.“ Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag schießen dort das Alexander- und Augustaregiment, ohne den See zu gefährden; für Freitag aber, wo das Eisenbahnr Regiment Nr. 3 schießt, wird der See als gefährdet bezeichnet. Das Publikum schließt daraus mit Recht, daß an diesem Tage wieder Schießübungen benutzt werden, die besonders ungünstig nach dem See zu liegen.

Ueber eine rohe Tat eines Sergeanten wird berichtet: In der Nacht vom Sonntag zum Montag nach 1 Uhr standen zwei Frauen im Gespräch an der Hof- und Velleallianzstraße, als ein Sergeant des Garde-Dragoner-Regiments mit einer Dame vorüberging. Im Vorbeigehen ließ er eine abfällige Bemerkung fallen, welche von der einen Frau entsprechend beantwortet wurde. Darauf wandte sich der Sergeant um, packte die Frau beim Arm und schlug ihr mit dem Säbel demohin ins Gesicht, daß sie blutüberströmt in die Arme ihrer Freundin fiel. Der mutige Sergeant machte sich darauf unter dem Schutze einer Patrouille aus dem Staube nach der in der Velleallianzstraße gelegenen Dragonerkaserne, während das Publikum vergeblich laut und entrüstet die Sistierung des schlaf fertigen Soldaten gefordert hatte.

Ein Schumann, der nachträglich auf der Wildschäpe erschienen war, nahm sich endlich der vor Schmerzen ohnmächtig Gewordenen an und brachte sie nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer. Recht nette Zustände in Berlin.

Die Gefahren des Barfußlaufens. Von ärztlichen Seite wird uns geschrieben: „Wie alljährlich tritt auch in diesem Jahre die Zeit an, in der Erwählung, daß in den Außenbezirken der Stadt die Kinder, ohne Schuhbekleidung während der Ferien umherlaufen.“

Es bleibt nicht aus, daß die Kinder durch Eintreten in Glas und Scherben die schwersten Verletzungen an den Füßen davontragen, die durch Hingutreten von Starkkampff sogar den Tod der Kinder herbeiführen können. Mächten die Eltern doch endlich sich dieser Gefahr bewußt werden und das Barfußlaufen verhindern.“

Unter eigentümlichen Umständen tot aufgefunden

wurde der 26 Jahre alte Kaufmann Julius Engel im Hause Genthiner Straße 26 in seinem neben dem Laden belegenen Schlafzimmer. Engel, der noch am Abend zuvor zwischen 11—12 Uhr von Hausbewohnern von einem Ausgange heimkehrend froh und munter gesehen wurde, lag gestern morgen 7 Uhr tot im Bett. Der Hausdiener fand ihn dort auf und benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei, die auch sofort erschien.

Das Zimmer Engels, das neben dem Laden liegt und nach dem Hofe führt, enthält außer einem Bett einen Waschtisch, ein Kleiderbügel, einen Tisch, Stühle, einen Waschtisch mit Spiegel, ein Schlafsofa, neben dem Kleiderbügel einen Ständer mit Blumen und einen Teppich. Engel lag tot im Bett, nur mit einem Nachthemd bekleidet. Um den Hals war eine Rouleauschnur, die vom Fenster abgerissen war, gelegt. Am Halse waren mehrfach deutliche Strangulationsmarken zu sehen. Im ersten Augenblick konnten die ärztlichen Sachverständigen nicht unterscheiden, ob Nord oder Selbstmord vorliegt. Für einen Selbstmord sprachen folgende Momente: Die Rouleauschnur war nicht unmittelbar um den Hals geschlungen, sondern über den hochgezogenen Kragen des Nachthemdes gelegt worden. Für Selbstmord könnte auch die Geldverlegenheit des Toten sprechen. Gestern war noch ein Wechsel, den Engel ausgestellt hatte, unter Protest zurückgegangen, und heute wollte die Futterfirma C. Melchert einen größeren Betrag bei ihm kassieren. Die Mietsache war Engel seit zwei Monaten schuldig geblieben. Im Mai hatte Engel vergebens versucht, beim Hauswirt ein Darlehen von dreitausend Mark aufzunehmen. Für einen Raubmord spricht dagegen der Umstand, daß die beiden jungen Leute, die Engel in seiner Unterhandlung beschuldigte, übereinstimmend ausfragten, daß die gestrige ansehnliche Tageseinnahme über zweihundert Mark betragen habe. Die Tageseinnahme pflegte Engel stets am Abend in sein Schlafzimmer zu nehmen. Dies war auch gestern der Fall. Trotz eifrigsten Suchens konnte aber die Summe nicht gefunden werden. Engel hatte über dem Kopfende des Bettes in der Wand ein Geheimfach, in dem er das Geld aufzubewahren pflegte. Dieses Fach war gestern morgen leer. Da ein Bild das Fach verdeckte, so muß der Täter den Geheimfach gekannt haben. Hierzu kommt, daß die Türen, die vom Schlafzimmer zur Küche und von dieser zum Hofe führen, heute morgen offen standen, was sonst nie der Fall war. Engel pflegte sonst stets die beiden Türen während der Nacht zu verschließen oder zu verriegeln. Außer den Strangulationsmarken zeigten sich am Kehlkopf zwei und an der linken Halsseite eine kleine Kratzwunde. Die Augen waren offen, sonst machte der Tote den Eindruck eines Schlafenden. Die Todesursache wird mit Bestimmtheit erst durch die Obduktion festgestellt werden können. Einstweilen blieb die Leiche, die von Beamten des Erkennungsdienstes mit ihrer ganzen Umgebung photographiert wurde, noch in der Stube. — Die Kriminalpolizei rechnet aber auch mit einem Nord auf geschlechtlichen Motiven. Julius Engel ist der Polizei seit längerer Zeit als homosexuell bekannt; bei ihm verkehrten am Tage und auch des Nachts wiederholt junge Leute, die elegant gekleidet waren. Besonders häufig verkehrten bei dem Toten der etwa 35jährige Reisende Julius Adam und der Reisende Otto Wegel; dieser verkaufte für eine amerikanische Firma patentierte Anschlagapparate aus Seidenstoff. Der Polizei ist es im Interesse der Sache sehr erwünscht, wenn sich diese beiden und auch ein bis jetzt noch unbekannter Einjähriger bei der Kriminalpolizei melden würden, um zurechenbare Angaben zu machen. Der Polizeipräsident erließ sofort eine Bekanntmachung, die gestern nachmittag an alle Anschlaghändler Berlins geheset wurde. In dieser Bekanntmachung wird der Todesfall als sehr rätselhaft bezeichnet; falls ein Verbrechen vorliegen sollte, werden demjenigen, der Angaben zur Entdeckung des Täters macht, tausend Mark Belohnung ausgesetzt.

Gegen Mittag erschien in einem Automobil eine Gerichts-kommission, die ein ausführliches Protokoll aufnahm und von dem Toten und den Räumlichkeiten mehrere photographische Aufnahmen machte. Die Leiche wird heute nachmittag zur Obduktion nach dem Leichenhause gebracht. Die Sachverständigen Dr. Hoffmann wie Dr. Strauch neigen der Ansicht zu, daß ein Selbstmord vorliegt. Für einen Selbstmord spricht außer der schon erwähnten Geldnot Engels auch die Tatsache, daß in der Wohnung keine Unordnung herrschte.

Doppelmord und Selbstmordversuch. Ein zweites Drama hat sich gestern nacht in Charlottenburg abgespielt. Die 35 Jahre alte Witwe A. Stiller aus dem Hause Pestalozzistraße 4 vergiftete ihre beiden Söhne Hans und Walter im Alter von sechs und acht Jahren mit Oleum und versuchte sich dann selbst das Leben zu nehmen. Ueber die Verzeihungstat wird folgende Meldung verbreitet:

Frau Stiller hat die Tat aus verärgelter Liebe verübt. Die Witwe wohnte seit zwei Jahren in der Pestalozzistraße 4, ernährte sich mühsam durch Blusenmähnen und erhielt eine monatliche Armenunterstützung von 15 Mark. Seit einiger Zeit wohnte ein junger Buchhalter bei ihr, den Frau Stiller als ihren Schwager ansah. Die Witwe hoffte, daß der Buchhalter sie heiraten würde, bis sie gestern erfuhr, daß der junge Mann ein Liebesverhältnis mit ihrer Schwägerin unterhalte. Als Frau Stiller darauf dem Buchhalter Vorwürfe machte, kündigte ihr dieser. Die Zrennung glaubte Frau Stiller nicht überleben zu können. In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr gab sie ihren beiden Söhnen Oleum zu trinken, dessen Wirkungen die Kinder bald erlitten. Darauf trank die Mutter selber das Gift. Sie wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus Befördert gebracht.

Im Bernhard-Rose-Theater in der Or. Frankfurter Straße ist schon wieder eine Detektivkomödie in den Spielplan aufgenommen worden. Diesmal beteiligt sich das Schauerstück: „Das Geheimnis von New York“ von S. R. Lang. Ueber den Inhalt ist wenig zu sagen; es ist nach dem alten Schema gearbeitet, in welchem ein Detektiv seine Spürhunde nach raffinierten Verbrechern betätigt; nur mit dem kleinen Unterschied, daß diesmal auch der Spiritismus eine Rolle spielt und nebenbei als holländeter Humbug nachgewiesen wird, das einzige Vernünftige an dem Stück. In die Rolle eines Detektivs scheint sich Herr Bernhard-Rose immer mehr hineinleben zu wollen, während Heinrich Bach den Schuft Lord Pembroke mit aller Gerissenheit spielt. Beide wurden lebhaft unterstützt durch Fräulein Emmi Behrens-Carlson in der Eigenschaft der betrogenen Lady Pembroke und Fräulein Frida Wroch, dem unfeinwilligen Betrug des Verbrechers Lord Pembroke. Man kann immer mehr bedauern, daß der Direktor des Theaters, Herr Bernhard-Rose, zu derartigen Schauerstücken greift und seinem ursprünglichen Programm, Klassiker und gute Volkstücke zu bringen, immer mehr untreu wird. Selbst Herr Rose.

der doch schon gezeigt hat, daß er Annehmliches bieten kann, sollte wissen, daß er mit Aufführung derartigen Schundes sich um seinen Ruf bringt und nicht einmal das erreicht, was er vielleicht glaubt erreichen zu können, nämlich volle Massen.

Radrennen zu Spanbau. Die am Sonntag des Regens wegen abgebrochenen Rennen konnten am Montag abend bei gutem Besuch und ohne Störung zum Austrag gebracht werden. Die Verwüstungen, die am Sonntag von der ständelnden Menge auf der Bahn verübt waren, erwiesen sich nicht als so schwere, so daß am Abend alle Spuren der Ausschreitungen beseitigt waren. Der Große Preis von Deutschland, ein Dauerrennen über 100 Kilometer, von dem noch 80 Kilometer zu erledigen waren, erwies sich als ein Triumph des Berliner Artur Stellbrink, der das Rennen in überlegener Weise gewann. Anfangs marschierte Demke an zweiter Stelle, doch blieb er infolge eines Motordefektes zurück und mußte Teile vorüberziehen lassen. Die drei Berliner endeten denn auch auf den ersten Plätzen vor Rißer und dem Italiener Pruni, der sich infolge einer Handverletzung nicht zur Geltung bringen konnte. Stellbrink beendete die 100 Kilometer des Rennens in der sehr guten Zeit von 1 Stunde 8 Minuten 25 Sekunden; Teile 2500 Meter, Demke 3500 Meter, Rißer 6400 Meter und Pruni 12 500 Meter zurück. Die Fliegerrennen boten gleichfalls sehr guten Sport; die Leistungen der Fahrer wurden von den Anwesenden durch Weisfalskumgebungen ausgezeichnet. Im Prämiensfahren über 3000 Meter siegte Carapezzi vor Sühmlich und W. Müller. Das Vorgabe-fahren über 2000 Meter gewann Rudek (10 Meter Vorgabe vor Sadow (30) und Sühmlich (30)). Interessant gestaltete sich das Tandemrennen über 3000 Meter. Carapezzi-Peter besetzten den ersten Platz vor Sühmlich-W. Müller und Zechner-W. Müller. Ein schweres Gewitter ging erst nach Schluß des Rennens hernieder.

Jungen gesucht. Am Sonnabend, den 11. Juli, zwischen 6 und 7 Uhr abends, ist der Töpfer Albert Rowat, Weinbergsweg 11, Hof rechts II, wohnhaft, am Schlesischen Bahnhof von der Bahnhofstreppe nach dem Ausgange der Fruchtstraße abgestürzt und zwar so unglücklich, daß im Krankenhaus Friedrichshagen, wohin er gebracht wurde, sein Tod erfolgte. Die Witwe bittet dringend, daß sich Zeugen des Vorganges, der eine große Menschenansammlung verursachte, doch recht bald bei ihr melden möchten.

Verstorbener ist seit zehra vier Wochen der 14 Jahre alte Paul Bary, Pückerstr. 50. Bekleidet war er mit einem schwarzen Jackett, braunen Handschuhen, grauen Strümpfen, Schürstiefeln und schwarzen weichen Hut. Nähere Angaben über denselben sind an die Eltern Bary, Pückerstr. 50, zu machen.

Bei dem Volksfest des Kreises Teltow-Beeskow sind zwei Damen-Regenschirme und eine silberne Damenuhr verloren gegangen; gefunden wurde ein Spazierstock. Meldungen im Kreisbureau, Charlottenburg, Kofinenstr. 3, erbeten.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 5 Uhr kam in der Judenstraße 64 auf dem Hofe in der abgeschlossenen Niederlage der Drogenhandlung von C. A. Kändler Nachfolger Feuer aus. Als die Feuerwehr erschien, brannte es in drei Stockwerken, obgleich die Flammen noch nicht so weit vorgeschritten waren, daß sie auf natürlichem Wege von einem Stockwerk zum anderen vorgebracht sein konnten. Häßer mit Drogen, der Fußboden u. a. mußten abgelöst werden. Die Entstehung des Feuers ist unaufgeklärt. Der 20. Zug hatte in der Inselstr. 12 zu tun, wo in einer Pförtnerstube Feuer ausgebrochen war und die Wohnungsinhaberin, Frau Zeske, Brandwunden am Kopfe und an der rechten Hand erlitten hatte, die ihr von Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden. Wegen einer Gasvergiftung wurde die Feuerwehr nach der Friedrichstr. 235 alarmiert. Durch Anwendung von Sauerstoff gelang es, mit Erfolg die Gefahr bei der schon bewußtlosen Person abzuwenden. Ferner hatte die Feuerwehr in der Schwarztopfstr. 19 zu tun, wo in einem Keller Kohlen u. a. brannten. Ein Wohnungsbrand mußte in der Brangelstraße 86 gelöscht werden. Gardinen u. a. brannten in der Reiterstraße 38, Papier u. a. in der Langestr. 88/89. Außerdem wurden noch Brände aus der Chausseestr. 44, Dunderstr. 85 und anderen Stellen gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Ein Wohnungsproblem in Wilmersdorf.

Witten unter den mit Jahrstücken, Warmwasserheizung und anderen Schikanen der Neuzeit versehenen Mietpalästen am südlichen Ende der Waldstraße liegen der Gasteiner Straße gegenüber diverse Ueberbleibsel aus der Zeit, wo Wilmersdorf noch ein wirkliches Dorf war. Seitdem hat der Grundstücksbesitzer die armenlichen Bäden und Kofäden von ehemals zu prächtigen Millionen gemacht; die paar ehrwürdigen Scheunen und Schweinefäden jedoch, die von damals noch übrig geblieben sind, nehmen sich mit ihrem rustikalen Mißgeschick unter der modernen Pracht aus, wie die Sau im Judenhause. Aldieweil nun die Nachbarschaft solcher ländlichen Hütten doch Einkommen der Hausbesitzer beeinträchtigt und nebenher auch für den Gesundheitszustand der Gegend nicht gerade förderlich ist, hat die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf den Magistrat ermächtigt, mit dem Berliner Baumeister Kurt Berndt einen Vertrag abzuschließen, wonach ein von der Stadt erworbenes Gelände von 857 Quadratmeter Größe dem Baumeister aufgegeben werden soll. Dieser hätte dann durch die von ihm zu erwerbenden Grundstücke eine neue 19 Meter breite Fahrstraße anzulegen und dann an die Gemeinde 908 Quadratmeter Terrain abzutreten. Der Abbruch des Wilmersdorfer Scheunenviertels sollte dann spätestens am 1. April beginnen; die Entschädigung, die Herr Berndt von der Stadt gewährt werden müßte, würde auf 100 000 M. bemessen. Aus diesem Plan scheint jedoch nichts werden zu sollen, denn Herr Berndt verlangt jetzt fast die doppelte Summe, nämlich 200 000 M.; und diese Entschädigung wird von der Stadt für viel zu hoch gehalten. Somit ist der Abbruch des Scheunenviertels wieder in weite Ferne gerückt.

Dieses Wohnungsproblem berührt nun auch die Arbeiterschaft von Wilmersdorf. Denn die alten Baracken dienen zum Teil nicht nur dem lieben Vieh, sondern auch Menschen zum Aufenthalt. So elend nun die Armen auch haufen, so sind sie bei der Modernisierung von Wilmersdorf doch der leidende Teil. Denn die Mietpreise in den neuen Palästen, die an Stelle der alten Buden entstehen, sind für keine Leute durchweg unerträglich. Man baut in Wilmersdorf für den „besseren“ Mittelstand und für reiche Leute Wohnungen bis zum Ueberflut. Arbeiter als Mieter sind den Hausbesitzern zumeist aber unerwünscht; die Vertriebenen müssen sehen, wo sie in Nachbarorten ein Unterkommen finden. Sollte Wilmersdorf eine Stadtbewirtschaft mit sozialem Empfinden, so würde man von Gemeinde wegen das Nötige tun und auf Rechnung der Stadt gesunde und möglichst billige Arbeiterwohnungen zu errichten suchen. Das ist aber bei der gegenwärtigen reaktionären Zusammenhänge der Stadtverordnetenversammlung nicht zu erwarten; es wird erst dafür gejorrt werden müssen, daß Sozialdemokraten ins Stadtparlament kommen, die die dort maßgebenden Herren an ihre sozialen Pflichten mahnen müssen und sie ständig vorwärts treiben.

Bernau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Ansdie zunächst den Bericht für das verfloffene Halbjahr. Es haben stattgefunden: 14 Vorstandssitzungen, 6 Versammlungen und zur Landtagswahl eine ganze Anzahl Wähler- und Bezirkszusammenkünfte. Zur Landtagssitzung waren 7 Agitationsstunden notwendig; die Beteiligung hieran hätte besser sein können. Einer Einnahme von 720,45 M. steht eine Ausgabe von 624,92 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 95,53 M. verbleibt. Der Mitgliederbestand beträgt 221. „Vorwärts“-Abonnenten sind 300 am Orte. Der Rufus in Nationalökonomie wird am 3. September vom Ge-

nossen Julian Vorchardt fortgesetzt. Nach Anhörung eines Vortrages über „Das Reichsvereinsgesetz“ wurde die Frage der Frauenorganisation diskutiert und die vom Parteivorstand der Frauenkonferenz vorgeschlagenen Leitsätze ohne wesentliche Aus-schungen angenommen. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, am Sonntag, den 2. August, einen Familienausflug nach dem Schiefstand zu veranstalten.

Das Kreisturnfest des Arbeiterturnerbundes in Brandenburg a. N.

In zwei Sonderzügen waren die freien Turner und Turnerinnen Berlins und seiner Vororte am Sonnabend in der alten Hauptstadt der Mark eingetroffen, wo ihnen ein göttlicher Empfang bereitet wurde. Gleichzeitig und noch am Sonntag kamen aus allen Teilen der Provinz Abordnungen an. Ein Gewitterregen, der Sonntag früh losbrach, als eben die Kampfspiele im Sportpark begonnen hatten, nötigte zu einer Unterbrechung des Vormittagsprogramms. Auch das Rasterreitturnen konnte nur teilweise durchgeführt werden. Bei prachtvollem Sonnenschein erfolgte nachmittags der Festzug durch die Stadt unter imposanter Beteiligung der proletarischen Bevölkerung Brandenburgs. Auf dem geräumigen grünen Festplatz im Sportpark fanden sodann, nachdem Kreisvertreter Genz und ein Vertreter des Bundesvorstandes zündende Ansprachen an die freien Turner gerichtet, vorzüglich gelungene Freiübungen statt, an denen sich gegen 1000 Turner und über 300 Turnerinnen beteiligten. Leider wurde die Fortführung des Programms, das unter anderem noch Kinderspiele unter Leitung des Berliner Turnvereins „Fichte“ sowie Rassenpyramiden und Wettkämpfe bringen sollte, durch ein Unwetter verhindert, das mit verberberndem Gemalt unpollich heraufzog und in kurzer Zeit den Festplatz völlig aufweichte, so daß alles fliehen mußte. Die Turner und Turnerinnen behielten trotzdem ihren Humor und entschädigten sich am Abend durch rege Beteiligung an den arrangierten Festbällen. Sonntag fand das Fest mit einem Dampferausflug auf der Unterhavel seinen Abschluß. Diese Dampferfahrt war von gutem Wetter begünstigt und befreite die zahlreichen Teilnehmer, zu deren Beförderung acht Schiffe nötig waren, in hohem Maße.

Vermischtes.

Arbeiter-soldaten als Meuterer. Aus Magdeburg wird berichtet: Am Montag nachmittag war eine Abteilung Arbeiter-soldaten unter Aufsicht eines Sergeanten und eines Gefreiten mit dem Aufhaken des Reitweges in der Nähe von Magdeburg beschäftigt. Als Arbeiter-soldat Borch über Kreuzschmerzen klagte, ließ ihn der Sergeant austreten und ließ ihn, hin- und herzugehen. Der Soldat bestand aber darauf, sich niederzusetzen zu können; es entspann sich eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Soldat den Sergeanten plötzlich anpackte und zu Boden warf, was den Gefreiten veranlaßte, sein Seitengewehr zu ziehen und hinzuzuspringen, um den Sergeanten zu befreien. In diesem Augenblicke sprangen zwei andere Arbeiter-soldaten hinzu, und schlugen mit ihren Haden und Spaten auf den Gefreiten ein, so daß dieser blutüberströmt zusammenbrach. Dann fielen die drei über den Sergeanten her, und brachten ihm erhebliche Verletzungen am Kopf und am rechten Bein bei. Die drei Soldaten ergriffen dann die Flucht, wurden aber später von einer nachgeschickten Patrouille verhaftet. Was die Arbeiter-soldaten zu ihrer Tat, die sie wahrscheinlich recht bitter zu büßen haben werden, veranlaßt, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Der Haupttäter ist wegen der verschiedensten Verbrechen mehrfach vorbestraft.

Die Vergabigung der zum Tode verurteilten Bürgermeister-schöchter Grete Veier ist vom König von Sachsen abgelehnt worden, obwohl selbst die Geschworenen die Vergabigung befürwortet hatten. Die Hinrichtung der Veier soll heute früh 6 Uhr erfolgen.

Infolge eines Wellenbruchs wurden gestern abend beide Weise der Straße Ansbach-Büdingen zwischen den Stationen Oberdahlheim und Burgabernheim überflutet und von Erdmassen übersperrt. Die Straße war dadurch ein und eine halbe Stunde gesperrt. Die D-Str. 87 und 94 erlitten größere Verspätungen, ebenso mehrere Personenzüge.

Ueber die Typhusepidemie in Greiz liegt folgende Meldung vor: Die Zahl der Erkrankungen an Typhus in Greiz ist auch in der letzten Woche und besonders in den letzten Tagen erheblich zurückgegangen. Es sind in der Zeit vom 12. bis einschließlich 19. dieses Monats 13 Typhuserkrankungen gemeldet worden, in den letzten Tagen, am 18. und 19. ist überhaupt kein neuer Typhusfall zur Anzeige gekommen. Gestorben sind in der gedachten Zeit an Typhus 2 bezw. 3 Personen, im ganzen also während der Epidemie 10 bezw. 11 Personen.

Ueber eine Wahnsinnst wird aus Chemnitz berichtet: Gestern nachmittag sollte der geisteskranke, bei seinem Vater in Lichtenstein-Gallenberg wohnende, aus der Landesanstalt Hirschberg entlassene 27 Jahre alte Weber Oeser von dem Arzt Dr. Wagner in der Wohnung seines Vaters verbunden werden. Der Wahnsinnige ergriff einen Revolver und versuchte den Arzt zu erschlagen. Als sein 70jähriger Vater dazwischen sprang, traf die Kugel diesen oberhalb des Herzens und tötete ihn tödlich. Darauf entfloh der Wahnsinnige in den Wald, stürzte auf dem Rückwege in das Studierzimmer des Diakons v. Bienisch und schoß diesen nieder. Der Geistliche ist einige Stunden nachher verstorben. Der Wahnsinnige hat sich selbst der Polizei gestellt.

Rettung Schiffbrüchiger. Bremen, 21. Juli. Die Rettungsstation Neuharlingersiel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 21. Juli von dem bei Spieleroog gestrandeten englischen Dampfer Grenadier (Kapitan Howe) mit Stückgut von Newcastlle nach Hamburg bestimmt, durch das Rettungsboot Frauenlob der Station ebenfalls 12 Personen gerettet. Sturm aus Nord, Woot 5 Stunden unterwegs.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl 11 wochentäglich abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Wunsch und eine Zahl als Zeichen beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

§ 3. 100. 1. Die Einkommen werden zusammengefasst. 2. Die Beiträge sind nicht abzugänglich. — Genossin. Das hängt davon ab, ob aus der Art der Straftat als Unzuverlässigkeit geschlossen werden kann. — C. G. Friedrichsfeld. 1. Rein. 2. Derjenige, der den Vertrag geschlossen hat. — C. T. 24. Wenn der junge Mann nicht volljährig erklärt ist, so müßte auch die Bewilligung des Vormundes erfolgen. Beide Erklärungen müssen notariell oder gerichtlich beglaubigt sein. — O. 1. Nur wenn Erwerbshähigkeit besteht. 2. Das ist gleich. 3. bis 5. Auf Antrag werden Sie vom Invalidenmarientleben befreit. Der Antrag ist an den Magistrat zu richten. 6. Gastfreund. 7. Staatswissenschaften. — R. 2. 10. Die kinderlose Witwe oder der kinderlose Witwer erbt, wenn kein Testament vorliegt, die Hälfte des Nachlasses und als Voraus die Haushaltungsgegenstände und die Hochzeitsgeschenke. — C. 39. 1. Das richtet sich nach der Höhe des Einkommens. 2. Ja. 3. Voraussetzlich wird Ihre Frau zum Vormund bestellt werden. Sie muß einen hierauf gerichteten Antrag an das Vormundschaftsgericht senden. Zweckmäßig ist es, daß Sie dem künftigen Namen beilegen. Erforderlich ist eine Erklärung der Mutter, des Vormundes und Ihrer Person vor dem Standesbeamten, in welcher die beiden erlösten Personen die Einwilligung in die Namensbeilegung erklären und Sie dem künftigen Namen beilegen. In den Pflichten des außerehelichen Erzeugnisses wird durch diese Namensbeilegung nichts geändert. 4. Einen dahingehenden Antrag müßten Sie an das Bezirkskommando richten. 5. Die Verjährungsfrist ist in der Regel normal als Unternehmung vorzunehmen. 6. Die Höhe der Invalidentrente hängt von der Art und der Anzahl der geliebten Kinder ab. — C. 4. 28. Ein ostpreussischer Gutsherr. — C. P. 24. Niemand, weil niemand ein Verklagens triff. — C. P. 2. Die Unterschrift wäre nur für Ihre Frau, nicht aber für Sie verbindlich. Teilen Sie der Gesellschaft mit, daß Sie die Unterschrift der Frau nicht genehmigen. — H. 20. Wegen Gerichtskosten beziehentlich wegen Nichtberücksichtigung der-

selben kann keine Freiheitsstrafe eintreten. Es würde nur der Versuch der Fändung und der Erwirkung eines Offenbarungseides eintreten können. Die Eltern haften für die Kosten nicht. — R. 2. Probkasselle. 1. Rein. 2. Ja. Sie kann sich dann an dem Hundebesitzer schadlos halten. Auch gegen den Hundebesitzer kann der Beschädigte mit seinem vollen Schadenersatzanspruch vorgehen. — R. W. 909. Ihr Vorhaben ist ausfichtslos. — R. W. 10. Sie können gegen die Veranlassung reklamieren. So lange Sie der katholischen Kirche angehören, müssen Sie auch dort Steuern zahlen. Treten Sie zur evangelischen Gemeinde über, so haben Sie dort die Steuern zu entrichten. Der Uebertritt erfolgt durch Erklärung den beiden Kirchengemeinden gegenüber. Das Ratifikat ist aus der Kirche überhaupt auszutreten. Wenn Sie in diesem Jahre austreten, haben Sie vom Schluß des Jahres 1909 ab Kirchensteuern nicht mehr zu zahlen. Der Austritt erfolgt durch Erklärung dem Amtsgericht gegenüber, in dessen Bezirk Sie wohnen. Sie schreiben an das Amtsgericht: Ich beabsichtige, aus der (evangelischen oder katholischen) Kirchengemeinde auszutreten, zeige meinen Austritt hiermit an und beantrage, denselben zu gerichtlichem Protokoll zu nehmen. Dann müssen Sie innerhalb des 29. und 42. Tages nach Ankunft des Schreibe bei Gericht, auch wenn Sie Labung nicht erhalten, erscheinen und dort Ihren Austritt zu gerichtlichem Protokoll erklären. — R. 100. Ein Kfz-Mietler kann selbstverständlich Besuche in seiner Stube empfangen. — P. 1070. Ja: Die Witwe, und falls eine solche nicht vorhanden ist, die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren haben einen Anspruch auf Zahlung der Hälfte der für die Invalidentversicherung geleisteten Beiträge. Dies Recht steht der Witwe und den Kindern jedoch nur zu, wenn mindestens 300 Wochenbeiträge entrichtet waren und dem Verstorbenen eine Invalident- oder Altersrente noch nicht bewilligt war. Die Rückzahlung der Beiträge erfolgt infolged nicht, als den Hinterbliebenen aus Anlaß des Todes des Versicherten eine Unfallrente auf Grund des Unfallversicherungsgegesetzes gewährt ist. — R. W. 222. 1. und 2. Ja. 3. Amtsgericht Berlin-Mitte. — P. 60. Rein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Marktbau-Direktion. (Großhandel.)

Ware	Preis
Dänische Ia	63-73
Do. IIa	58-68
Do. IIIa	55-65
Do. IVa	52-62
Do. V	48-58
Do. VI	45-55
Do. VII	42-52
Do. VIII	38-48
Do. IX	35-45
Do. X	32-42
Do. XI	28-38
Do. XII	25-35
Do. XIII	22-32
Do. XIV	18-28
Do. XV	15-25
Do. XVI	12-22
Do. XVII	8-18
Do. XVIII	5-15
Do. XIX	2-12
Do. XX	0-8

Witterungsbericht vom 21. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Temperatur
Stotmemde	754	SW	5 bedekt	19
Damburg	760	SW	5 wolbig	15
Berlin	763	SW	3 Regen	16
Kranzsa. R.	763	SW	3 halb bb.	15
München	769	R	6 Regen	13
Wien	766	W	5 halb bb.	19

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Juli 1908.
Nachts kühl, am Tage wieder etwas wärmer, vielfach heiler bei ziemlich trübem nordwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Stationen	am 20. 7.	am 19. 7.	Stationen	am 20. 7.	am 19. 7.
Remel, Müß	102	+2	Saale, Großlig	113	+21
Bregel, Ansternburg	-19	-1	Qabel, (Spanbau?)	68	+6
Wesche, Thorn	74	+22	Wethenow?)	78	-
Ober, Rathbor	107	+1	Spre, (Spremburg?)	92	0
Krossen	72	-2	Weser, Becklin	92	+1
Frankfurt	80	+3	Weser, Wänden	-77	-2
Wartbe, Schrum	14	-4	Wänden	-2	0
Lehrberg	1	-5	Rhein, Marienlaubbau	448	+20
Rebe, Bordingam	-4	-3	Raub	205	+1
Eide, Weimert	-80	+7	Röln	194	0
Dresden	-181	+9	Redar, Hellbrunn	56	+10
Berlin	40	-4	Wain, Wertheim	102	+3
Magdeburg	64	-1	Wosel, Xier	23	+1

*) + bedeutet Anst. — Fall. — ?) Unterpegel.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin-S.W.